

eine sieben Punkte umfassende Erklärung des PKK-Gründers, in der dieser nach Darstellung PKK-naher Medien „konstruktive Lösungsvorschläge“ für „eine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage“ gemacht habe. In den Wochen zuvor waren in der Türkei Aussagen aus regierungsnahen Kreisen bekannt geworden, welche die Möglichkeit eines neuen Friedensprozesses bis hin zu einer Freilassung Öcalans beinhalteten. Zuletzt hatte es im Jahr 2019 nach einem Besuch seiner Anwälte ein ähnliches Sieben-Punkte-Papier von Öcalan gegeben, was damals keine Auswirkungen auf seine Haftsituation und das Vorgehen der PKK beziehungsweise der Türkei gezeigt hatte. Im Falle eines solchen Friedensprozesses dürfte die PKK-Anhängerschaft in Deutschland nochmals verstärkt für eine Freilassung Öcalans demonstrieren.

1. Organisationsstruktur

Die PKK ist streng hierarchisch aufgebaut und auf ihre Führungsspitze hin ausgerichtet. Die Strukturen in Europa sind nahtlos in den PKK-Aufbau eingegliedert und setzen die von der PKK-Führungsspitze vorgegebenen Ziele ohne eigenverantwortlichen Entscheidungsspielraum um.

In Deutschland gliedert sich die PKK in 4 Sektoren („Saha“), 9 Regionen („Eyalet“)¹¹⁴ und 31 Gebiete („Bölge“), an deren Spitze jeweils ein Führungsfunktionär steht. Die Funktionäre, deren Tätigkeit in aller Regel zeitlich begrenzt ist, agieren zumeist konspirativ und setzen organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben um beziehungsweise leiten diese an nachgeordnete Ebenen weiter. Dafür nutzt die PKK überwiegend örtliche Vereine, die ihrer Anhängerschaft als Treffpunkt und Anlaufstelle dienen.

An der Spitze des Geflechts aus PKK-nahen Vereinen steht organisatorisch der Dachverband „Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e.V.“ (KON-MED)¹¹⁵. Die KON-MED und ihre Untergliederungen mobilisieren im Sinne der PKK zu Veranstaltungen und Kundgebungen und beteiligen sich an der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit. Darüber hinaus versucht die PKK mithilfe sogenannter Massenorganisationen, ihre Anhängerschaft

Struktur in Deutschland



¹¹⁴ Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein, Saarland/Rheinland-Pfalz und Westfalen.

¹¹⁵ „Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanyayê“.

an sich zu binden, indem sie diese nach sozialen Kriterien oder Berufs- und Interessengruppen organisiert.

PKK-Jugendorganisation



Insbesondere die in der Jugendorganisation „Komalên Ciwan“/ „Tevgera Ciwanên Şoreşger“ (TCŞ)¹¹⁶ aktiven Jugendlichen und jungen Erwachsenen bilden ein großes Mobilisierungspotenzial für die zahlreichen Veranstaltungen der PKK. Zudem rekrutieren sie Nachwuchs für den bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten und begehen mitunter Straftaten gegen türkische (halb-)staatliche Einrichtungen oder als solche ausgemachte türkische Rechtsextremisten und deren Trefforte.

2. Versammlungsgeschehen

Mittels zentral gesteuerter, öffentlichkeitswirksamer Propagandaaktionen wie Kundgebungen, Großveranstaltungen, Kampagnen, Hungerstreiks oder Mahnwachen versucht die PKK in Deutschland und im benachbarten Ausland, Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erlangen.

Zentrale Großveranstaltungen



Die bei der Anhängerschaft der PKK beliebten Großveranstaltungen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz und dem „Internationalen Kurdischen Kulturfestival“ wurden 2024 in Frankfurt am Main (Hessen) ausgerichtet und hinsichtlich der Teilnehmendenzahlen von der Organisation als Erfolg verbucht:

- Die zentrale Großkundgebung am 23. März 2024 zum Newroz-Fest erreichte in der Spitze – wie im Jahr davor – bis zu 35.000 Teilnehmende.
- Am 21. September 2024 wurde das 32. „Internationale Kurdische Kulturfestival“ abgehalten. An der Veranstaltung beteiligten sich bis zu 20.000 Personen (2023: rund 12.000).

Anlassbezogene Proteste



Neben weiteren Veranstaltungen aus ihrem Jahreskalender organisierte die PKK auch wieder zahlreiche spontane, anlassbezogene Demonstrationen. Hierbei ging es häufig um Forderungen nach Informationen zum Gesundheitszustand Öcalans oder um dessen Freilassung. Die Veranstaltungen verliefen überwiegend störungsfrei; zum Teil kam es zu versammlungstypischen Straftaten bis hin

¹¹⁶ „Gemeinschaft der Jugendlichen“/„Bewegung der revolutionären Jugend“.

zu Angriffen auf die Polizei (vgl. Kap. II. Nr. 6). Am 1. Oktober 2024 hatte die PKK zudem eine weltweite Kampagne unter dem Motto „Globale Tage/Freiheit für Öcalan“ mit Demonstrationen, Infoständen oder Standkundgebungen in Innenstädten gestartet. Eine öffentliche Wahrnehmung dieser Aktivitäten in der Breite konnte nicht erzielt werden. Auf die infolge des Terroranschlags in Ankara vom 23. Oktober 2024 begonnene Luftoffensive der türkischen Armee gegen Stellungen und Infrastruktur der PKK reagierte die Anhängerschaft auch in Deutschland mit zahlreichen Protestaktionen. Am 16. November 2024 führte die Organisation unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“ in Köln (Nordrhein-Westfalen) eine Demonstration mit etwa 7.200 Teilnehmenden durch. Unter anderem zeigten Teilnehmende hier ein Banner mit Bildnissen der beiden Attentäter des drei Wochen zuvor verübten Terroranschlags der PKK in Ankara. Im Zusammenhang mit dem Sturz des Assad-Regimes und den weiteren Entwicklungen in Syrien führten Anhängerinnen und Anhänger der PKK im Dezember 2024 zahlreiche Kundgebungen durch, um auf die Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten in Nordsyrien aufmerksam zu machen.

3. Rekrutierungsmaßnahmen

Die PKK indoktriniert und rekrutiert auch in Deutschland zumeist jugendliche Anhängerinnen und Anhänger für den bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten. Neben persönlicher Ansprache durch PKK-Kader oder ihre Jugendorganisation wird hierfür auch der eigene Medienapparat genutzt. So ließ sich Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrats der PKK, in einem türkischsprachigen Artikel in der PKK-Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) sinngemäß zitieren:

„Bereiten wir uns auf den Widerstand, auf den Kampf vor. Unser Volk soll vorbereitet sein, unsere Gesellschaft soll vorbereitet sein. Dieser Krieg geht weiter und wird weitergehen. (...) Die Jugend muss ein Teil dieses Krieges werden, eine Kraft, die den Krieg führt.“
(YÖP, 20. März 2024)



Darüber hinaus versucht die Organisation, auch gezielt (junge) Frauen für den bewaffneten Kampf zu gewinnen. In einem

deutschsprachigen Artikel aus der Jugendzeitschrift „STÊRKA CIWAN“ hieß es:

„Wer Aktionen umsetzen wird, sind kurdische Jugendliche – junge Frauen. Jede Aktion ist wichtig, allerdings ist die erfolgreichste Aktion der Beitritt in die Reihen der Freiheitsguerilla. (...) Abschließend rufen wir alle Frauen in Kurdistan, aber auch alle jungen Frauen dazu auf: Kommt in die Berge Kurdistans; kommt zum Freiheitskampf; kommt zum Kampf der Würde.“
(„STÊRKA CIWAN“, Nr. 251, April 2024, S. 16)

Getötete Kämpferinnen und Kämpfer aus Deutschland

Seit Beginn der statistischen Erfassung durch das BfV im Juni 2013 haben sich mehr als 310 Personen aus Deutschland in die kurdischen Siedlungsgebiete begeben und sich dort unter anderem Kampfeinheiten der PKK angeschlossen. Von den Ausgereisten sind mindestens 42 Personen dort ums Leben gekommen, etwa 160 Personen sind mittlerweile nach Deutschland zurückgekehrt.

Im September 2024 berichteten das Medienzentrum der PKK-Guerilla sowie PKK-nahe Medien über eine Person aus Europa, die im Einsatz für die Kampfeinheiten der PKK vom türkischen Militär getötet worden sei. Die Person war in leitender Funktion in der PKK-Jugendorganisation aktiv und schloss sich im Jahr 2019 von Deutschland aus der Guerilla an. Hier zeigt sich erneut, dass in Deutschland rekrutierte Personen von der PKK militärisch ausgebildet und in Kampfgebieten im Ausland eingesetzt werden.

4. Medienwesen



Mittels ihres umfangreichen Medienapparats verbreitet die PKK ihre Ideologie und Propaganda, mit der sie die Gesamtheit der Kurdinnen und Kurden in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu mobilisieren versucht. Von besonderer Bedeutung sind der mit norwegischer Lizenz aus Belgien sendende PKK-Fernsehsender „Stêrk TV“¹¹⁷ und die in Neu-Isenburg (Hessen) herausgegebene PKK-Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP)¹¹⁸. Täglich berichtet auch die in den Niederlanden angesiedelte PKK-nahe Nachrichtenagentur „Firat News Agency“ (ANF)¹¹⁹ in mehreren Sprachen.

¹¹⁷ „Stern TV“.

¹¹⁸ „Neue Freie Politik“.

¹¹⁹ „Ajansa Nûçeyan a Firatê“.

Durch das seit August 2008 bestehende Portal „Gerila TV“¹²⁰ wird mit speziellen Beiträgen der bewaffnete Kampf der Organisation verherrlicht. Die in den Niederlanden verlegte, monatlich erscheinende PKK-Zeitung „Serxwebûn“¹²¹ vermittelt PKK-Kadern die ideologische Ausrichtung; zudem gibt es auch Jugendzeitschriften wie „STÊRKA CIWAN“¹²².

Über das Internet und die sozialen Medien zielt die PKK vor allem auf jüngere Personen ab. Mit Propagandavideos über die PKK-Guerillaeinheiten sollen neue Rekrutinnen und Rekruten für den bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten gewonnen werden.

5. Strafverfahren gegen Funktionäre

Der Verfolgungsdruck auf Funktionärinnen und Funktionäre der PKK in Deutschland ist hoch. Auch 2024 wurden mehrere PKK-Führungskader wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, zum Beispiel:

- Am 22. März 2024 verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main (Hessen) einen PKK-Funktionär zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren. Der Angeklagte war von Juli 2019 bis Mai 2022 als Gebietsleiter unter anderem in den PKK-Gebieten Sachsen und Gießen (Hessen) tätig.¹²³ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.
- Am 10. April 2024 verurteilte das OLG Celle (Niedersachsen) einen PKK-Funktionär zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten. Der Angeklagte leitete zwischen Juli 2019 und Juni 2021 das PKK-Gebiet Bremen.¹²⁴ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.
- Am 2. September 2024 verurteilte das OLG Hamburg einen PKK-Funktionär zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten. Der Angeklagte war zwischen Herbst 2018 und Sommer 2020 für die PKK als Gebiets- und Regionsverantwortlicher

¹²⁰ „Guerilla TV“.

¹²¹ „Unabhängigkeit“.

¹²² „Stern der Jugend“.

¹²³ Vgl. OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 22.03.2024 – Az. 8-2 Js 37/20 – 2/22.

¹²⁴ Vgl. OLG Celle, Urteil vom 10.04.2024 – Az. 4 St 3/23.

in Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen tätig.¹²⁵ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Weitere Strafverfahren sind anhängig. Zudem wurden auch 2024 mehrere mutmaßliche PKK-Führungskader in Deutschland festgenommen.

PKK-Gefangenenhilfe



Der „AZADI Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V.“ unterstützt strafrechtlich verfolgte PKK-Funktionäre, indem er zum Beispiel Anwalts- und Prozesskosten übernimmt oder Inhaftierte finanziell unterstützt. Auf diese Weise sollen sie weiterhin an die Organisation gebunden werden. Es bestehen enge Verbindungen zu PKK-nahen Organisationen und zur linksextremistischen „Roten Hilfe e.V.“.

6. Gefährdungspotenzial



Die PKK ist weiterhin die mitgliederstärkste und schlagkräftigste Organisation im auslandsbezogenen Extremismus in Deutschland. Ihre zahlreichen Veranstaltungen zeigen, dass sie nicht nur willens, sondern auch in der Lage ist, ihre Anhängerschaft umfangreich zu mobilisieren und darüber hinaus weitere Personen für ihre Anliegen anzusprechen.

Gewalt bei Demonstrationen

Vor allem die politischen und militärischen Entwicklungen in der Türkei, in Nordirak und in Nordsyrien sowie das Schicksal Öcalans führen zur Emotionalisierung ihrer Anhängerinnen und Anhänger. In der Folge kommt es oftmals auch zu Straf- und Gewalttaten bei Demonstrationen. Aber auch Entwicklungen im benachbarten europäischen Ausland können Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland haben. Als Reaktion auf gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen mutmaßlich türkischstämmigen Nationalisten und kurdischstämmigen Personen im Rahmen des kurdischen Newroz-Festes am 24. März 2024 in Belgien fanden auch in Deutschland Proteste der PKK-Anhängerschaft statt.

Angriff auf das türkische Generalkonsulat in Hannover

So kam es unter anderem am 26. März 2024 in Hannover (Niedersachsen) zu einer Spontanversammlung, bei der Parolen mit PKK-Bezug skandiert wurden. Auch Pyrotechnik wurde gezündet und

¹²⁵ Vgl. OLG Hamburg, Urteil vom 02.09.2024 – Az. 8 St 1/23.

später durch verummte Teilnehmende in Richtung der Polizei geworfen. Aufgrund dieser Umstände wurde die Versammlung aufgelöst. Im zeitlichen Zusammenhang bewarf eine Gruppe aus etwa 20 teilweise verummten Personen das türkische Generalkonsulat in Hannover mit Steinen. Einige Personen schlugen mit Eisenstangen auf die Fenster des Konsulats ein.



Diese Auseinandersetzungen verdeutlichen beispielhaft das bei den zahlreichen Protestaktionen der Organisation vorhandene permanente Konfliktpotenzial. Neben versammlungstypischen Straftaten kann es jederzeit zu Angriffen auf die Polizei und zu Konfrontationen zwischen der PKK-Anhängerschaft und türkischen Nationalisten beziehungsweise türkischen Rechtsextremisten kommen. Der Angriff auf das türkische Generalkonsulat in Hannover verdeutlicht zudem die Gefahr militanter Aktionen gegen Einrichtungen der Türkei, wie Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen gegen türkische Konsulate oder (vermeintlich) staatlich gelenkte türkische Vereine.

Auch wenn in Europa vordergründig friedliche Veranstaltungen und Aktivitäten der PKK stattfinden, bleibt Gewalt auch hier eine strategische Option der PKK-Ideologie. Die Organisation ist in der Lage, zumindest punktuell auch in Deutschland Gewalt einzusetzen, sofern ihr dies geboten scheint. Darüber hinaus werden Straf- und Gewalttaten ihrer jugendlichen Anhängerschaft zumindest geduldet. Die erfolgreichen Rekrutierungen von hier lebenden, vor allem jungen Personen für die Ausreise zum bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten zeigen zudem, dass die PKK auch von Deutschland aus Gewalt im Ausland unterstützt.

**Gewalt bleibt
strategische Option**

III. Türkischer Linksextremismus

Türkische Linksextremisten verfolgen das Ziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei gewaltsam zu überwinden und an ihrer Stelle eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Zu diesem Zweck befürworten sie offen Terroranschläge in der Türkei, die von ihren bewaffneten Einheiten oder Einzelpersonen verübt werden. Gemeinsame ideologische Grundlage ist der Marxismus-Leninismus.

1. Überblick über Organisationen in Deutschland

Zu den relevantesten in Deutschland aktiven türkischen linksextremistischen Organisationen gehören die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)¹²⁶, die „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)¹²⁷, die „Türkische Kommunistische Partei-Marxisten Leninisten“ (TKP-ML)¹²⁸ und die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)¹²⁹.

Von Deutschland aus unterstützen sie ihre jeweilige Mutterorganisation in der Türkei propagandistisch, finanziell und logistisch sowie durch die Anwerbung neuer Mitglieder. Hierzulande agieren sie vor allem unter Tarnbezeichnungen oder mittels Umfeld- und Jugendorganisationen, um ihre Zugehörigkeit zu den in der Türkei auch terroristisch agierenden Mutterorganisationen zu verschleiern. Neben öffentlichkeitswirksamen Kundgebungen und eigenen Propagandaveranstaltungen besteht in diesem Spektrum eine enge Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten.

„Young Struggle“



Der europäische Dachverband der MLKP-Jugendorganisationen „Young Struggle“ (YS) tritt in Deutschland unmittelbar als Jugendorganisation für die MLKP auf und bemüht sich hierzulande vor allem um die Gewinnung neuer Mitglieder. Während andere türkisch-linksextremistische Jugendorganisationen fast ausschließlich aus türkeistämmigen Personen bestehen, finden sich bei YS auch viele deutsche Jugendliche ohne türkischen/kurdischen Hintergrund. Daher besetzt YS regelmäßig auch Themen, die für die Mutterorganisation MLKP nur von geringem Interesse sind, aber allgemein eine hohe gesellschaftliche Relevanz oder Aktualität haben. Hierbei ist YS um eine breite Anschlussfähigkeit und Vernetzung bemüht und agiert regelmäßig gemeinsam mit deutschen Linksextremisten.

Unmittelbar nach dem Terrorangriff der HAMAS gegen Israel am 7. Oktober 2023 und auch noch im Berichtsjahr zeigte sich YS als einer der aktivsten extremistischen Akteure in Bezug auf Mobilisierung, Organisation und Teilnahme an propalästinensischen Versammlungen und spektrenübergreifenden Vernetzungstreffen.

¹²⁶ „Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“.

¹²⁷ „Marksist Leninist Komünist Parti“.

¹²⁸ „Türkiye Komünist Partisi-Marksist Leninist“.

¹²⁹ „Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist“.

Auf diese Weise konnten auch Jugendliche mit palästinensischem Hintergrund für YS gewonnen werden. Die Verharmlosung des Terrors der HAMAS, von YS unter anderem als „Ausbruch des palästinensischen Volkes aus dem Freiluftgefängnis Gaza“ bezeichnet, führte jedoch zu einem Bruch mit Teilen der linksextremistischen Szene. In den sozialen Medien kam es zu öffentlichen Anfeindungen gegen YS. Mehrere Demonstrationen aus dem „linken“ politischen Spektrum wurden wegen der Teilnahmeabsicht von YS abgesagt oder es sahen andere Gruppen von einer Teilnahme ab.

Im Jahr 2024 radikalisierte sich YS nicht nur sprachlich in den zahlreichen Veröffentlichungen, sondern es konnte auch eine erhöhte Gewaltbereitschaft bei Aktionen und Demonstrationen festgestellt werden.

2. „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Die marxistisch-leninistische Terrororganisation DHKP-C tritt in der Türkei für eine revolutionäre Zerschlagung der Staats- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ein. Sie lehnt die Beteiligung an Wahlen ab und propagiert stattdessen einen permanenten bewaffneten Kampf unter Führung ihres militärisch-propagandistischen Armes „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC)¹³⁰:

„Wir wissen, dass die Zerstörung der faschistischen Macht in unserem Land und der Aufbau der revolutionären Volksregierung mit dem Ziel, die in unserem Land herrschenden Imperialisten zu verdrängen, über den bewaffneten Kampf führt und dass es deshalb keine andere Lösung als den Kampf gibt, koste es, was es wolle. (...) WIR WOLLEN DIE REVOLUTION IN UNSEREM LAND!“

(„Halk Okulu“ Nr. 229, 17. März 2024, S. 14)

Das Bekenntnis zum revolutionären Kampf und zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bekräftigt die Organisation im alljährlichen „Bulletin der DHKP“¹³¹ zur Parteigründung am 30. März und zum Gedenken an die „revolutionären Märtyrer“:

¹³⁰ „Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi“.

¹³¹ Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei“ („Devrimci Halk Kurtuluş Partisi“ – DHKP) ist der politische Arm der DHKP-C.



„Unsere Märtyrer sind der Beweis dafür, dass wir in diesem ununterbrochenen Kampf niemals besiegt werden. (...)“

Im 30. Jahr der Hoffnung ist dies unser Versprechen an unsere Märtyrer, unsere Gefangenen und an all unsere Völker: Wir werden Meister darin, (...) Komitees, Räte und Milizen zu bilden und die Front auszubauen, unserem Volk zu erklären, dass es keinen anderen Weg als den des Widerstandes und des Sieges gibt und dass der Sozialismus die einzige Rettung ist (...)!“

(„Bulletin der DHKP“ Nr. 57, 26. März 2024)

Die antiimperialistische Grundhaltung der DHKP-C zeigt sich zunehmend in diffamierenden Veröffentlichungen zur NATO, die als „Waffe“ und „Angriffsorganisation“ der „imperialistischen“ Staaten dargestellt wird:

„Die NATO ist keine VERTEIDIGUNGS-, sondern eine ANGRIFFS-Organisation. (...) Die NATO ist die Kriegs- und Angriffstruppe der Imperialisten gegen das sozialistische System und gegen die für die nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker. (...) Länder wie die Türkei jedoch sind billige militärische Kräfte für die NATO.“

(Erklärung der „Volksfront Europa“, 23. März 2024)

Terroranschlag am Justizpalast in Istanbul



Aufgrund verschärfter Sicherheitsmaßnahmen in der Türkei war es der DHKP-C in den letzten Jahren nicht mehr gelungen, trotz entsprechender Versuche und Vorbereitungshandlungen, terroristische Aktionen tatsächlich durchzuführen. Dies änderte sich am 6. Februar 2024, als zwei bewaffnete Terroristen vor dem Çaglayan-Justizpalast in Istanbul Schüsse auf einen Einlasskontrollpunkt der Polizei abgaben. Beim anschließenden Schusswechsel wurden beide Angreifer von der Polizei getötet. Insgesamt wurden sechs Personen verletzt, darunter drei Polizisten und drei zivile Opfer, von denen eines später im Krankenhaus verstarb. Die DHKP-C bezeichnete im Internet und in einer Erklärung der DHKC die getöteten Attentäter als „Volkskämpfer“ und „unsterbliche Märtyrer“.

Verbot und Auftreten in Deutschland

In Deutschland unterliegt die DHKP-C seit 1998 einem Organisationsverbot. Von der EU ist sie seit 2002 und von den USA bereits seit 1997 als terroristische Organisation gelistet. Aus diesem Grund agiert die DHKP-C in Deutschland ausschließlich unter Tarnbezeichnungen (vgl. Kap. VII, Nr. 2). Diese ermöglichen es der DHKP-C, mittels vermeintlich legaler Strukturen öffentlich zu

agieren und über die eigene Anhängerschaft hinaus türkeistämmige Personen, insbesondere in alevitischen Kreisen, anzusprechen. Neben zahlreichen Büchern und Broschüren nutzt die DHKP-C ihre Website „Halkinesi TV“ sowie das Parteiorgan „Halk Okulu“ zur Verbreitung von Ideologie und Propaganda.



Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) hat am 25. November 2024 eine hochrangige Kaderfunktionärin sowie zwei ehemalige Gebietsleiter der DHKP-C wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129a, b Strafgesetzbuch verurteilt.¹³² Die Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen von fünf Jahren, vier Jahren und drei Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Bereits am 20. Juni 2024 hatte das OLG Stuttgart (Baden-Württemberg) einen Gebietsleiter der DHKP-C zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt.¹³³ Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Die Anhängerschaft der DHKP-C zeigt sich aufgrund der Strafverfahren stark verunsichert. Trotz einer Vielzahl demonstrativer Aktionen war meist nur eine schwache Beteiligung im unteren zweistelligen Bereich feststellbar.

**Urteile gegen
Führungskader
verunsichern die
Anhängerschaft**

Am 20. April 2024 beging die DHKP-C in Köln den Jahrestag ihrer Parteigründung und das traditionelle „Märtyrergedenken“. Der Aufzug mit anschließender Saalveranstaltung blieb mit rund 65 Teilnehmenden – wie bereits im Jahr 2023 mit 60 Teilnehmenden – abermals hinter den vorherigen Jahren zurück (2022 und 2021: jeweils 150).

„Märtyrergedenken“

Im Jahr 2024 organisierten die DHKP-C und ihre Jugendorganisation „Dev Genç“¹³⁴ statt einer erstmals zwei als „Sommercamps“ bezeichnete politische Schulungsveranstaltungen. Zunächst führten Mitglieder und Personen aus dem Umfeld der DHKP-C überwiegend aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, vereinzelt auch aus Deutschland, vom 13. bis zum 28. Juli 2024 wie jedes Jahr ein „Familien-, Jugend-, Kinder- und Baby-Sommercamp“ in Südfrankreich durch. Ähnlich wie im Vorjahr lag die Zahl der Teilnehmenden augenscheinlich unter der Eigenangabe von 100 Personen. Ein weiteres Sommercamp wurde im Anschluss vom 29. Juli bis zum 10. August 2024 in Griechenland abgehalten.

Sommercamps

¹³² OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.11.2024 – Az. III-7 St 1/23.

¹³³ OLG Stuttgart, Urteil vom 20.06.2024 – Az. 6 St 33 OJs 15/22.

¹³⁴ „Devrimci Gençlik“ – „Revolutionäre Jugend“.

Anhängerinnen und Anhänger der DHKP-C aus Deutschland stellten dort den Großteil der rund 30 Teilnehmenden. Trotz der stagnierenden Teilnehmerzahlen dürfte aus Sicht der DHKP-C das Ziel der Sommercamps erreicht worden sein: Anhänger, Sympathisanten, Kinder und Jugendliche für einige Zeit umfassend in den eigenen Einflussbereich zu ziehen und politisch zu indoktrinieren.

**Solidaritäts-
bekundungen im
Zusammenhang mit
dem Nahostkonflikt**

In der „Halk Okulu“ und auf Websites der DHKP-C wurden weiterhin regelmäßig propalästinensische Solidaritätsbekundungen mit deutlich antizionistischem Inhalt veröffentlicht. Dagegen nahm die Beteiligung der DHKP-C und ihrer Umfeldorganisationen im Nahost-Versammlungsgeschehen im Jahr 2024 deutlich ab. Eine Delegation aus acht Vertretern der DHKP-C, der „Antiimperialistischen Front“ (AEC)¹³⁵, der „Grup Yorum“ sowie der „Dev Genç Europa“ bereiste vom 27. April bis zum 4. Mai 2024 Syrien, um die Solidarität mit dem syrischen und palästinensischen Volk auszudrücken. Der antiimperialistische Standpunkt der DHKP-C wird in einer Erklärung der AEC zum Tod des HAMAS-Führers Sinwar deutlich:

„(...) wir sagen ganz klar, dass wir an der Seite all derer stehen, die Steine auf unseren gemeinsamen Feind, den Imperialismus, werfen. Und auch wenn wir einen anderen ideologischen Standpunkt als die Hamas oder die iranische Regierung haben, stehen sie doch an der Spitze des Widerstandes gegen die Besetzung, die Angriffe des Imperialismus, die Massaker und den Zionismus.“

(Website der DHKP-C „Halkinsesi TV“, 21. Oktober 2024)

„Grup Yorum“



Die türkische Musikgruppe „Grup Yorum“ ist integraler Bestandteil der Propagandaaktivitäten der DHKP-C in Deutschland. Ihre Konzerte und sonstigen Auftritte dienen der Verbreitung von Ideologie und Propagandathemen der DHKP-C. Dadurch spielt sie für den organisatorischen Zusammenhalt der verbotenen Organisation eine herausgehobene Rolle. Die DHKP-C nutzt die weit über die eigene Anhängerschaft hinausgehende Reichweite der „Grup Yorum“ auch zur Rekrutierung neuer, vor allem jugendlicher Anhängerinnen und Anhänger. Am 9. März 2024 fand in Duisburg ein zuvor von der DHKP-C im Internet beworbenes Konzert der Gruppe statt, das unter dem Motto „NATO soll aufgelöst werden“ stand.

¹³⁵ Frontorganisation der DHKP-C.

Die von Mitgliedern der DHKP-C organisierte Veranstaltung war von deren aktuellen Kampagnenthemen geprägt, insbesondere der Solidarität mit den inhaftierten Führungskadern. Nach eigenen Angaben hätten rund 1.300 Zuschauer das Konzert besucht, was als großer Erfolg bewertet wurde. Neben der wesentlichen Propagandatätigkeit ist die DHKP-C auch auf die Einnahmen aus solchen Veranstaltungen und Musikverkäufen der Gruppe angewiesen.

Die DHKP-C unterliegt in der Türkei einem hohen Verfolgungsdruck. Dort besteht auch weiterhin die Gefahr terroristischer Anschläge. In Westeuropa und insbesondere in Deutschland gibt es dagegen keine Anzeichen für eine Abkehr von dem im Februar 1999 erklärten Gewaltverzicht.

Gefährdungspotenzial

IV. Türkischer Rechtsextremismus („Ülkücü“-Bewegung)

Die rechtsextremistische türkische „Ülkücü“-Bewegung („Idealisten“-Bewegung) entstand Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie beruft sich auf eine extrem nationalistische bis rechtsextremistische Ideologie, die von Elementen wie Rassismus, Antisemitismus und einer Überhöhung des Türkentums geprägt ist. Die behauptete kulturelle und religiöse Überlegenheit bewirkt die völkerverständigungswidrige Herabwürdigung anderer Volksgruppen und Religionen wie insbesondere Juden, Kurden und Armenier. Weitere Feindbilder sind der Kommunismus, der Kapitalismus und der „Imperialismus“ sowie mit diesen Begriffen assoziierte Staaten. Das Ziel der Verteidigung und Stärkung des Türkentums, einhergehend mit dem Selbstverständnis, einem kriegerischen und wehrhaften Volk anzugehören, verstärkt den Abgrenzungswillen und die gesellschaftliche Desintegration. Idealvorstellung ist die Schaffung eines ethnisch homogenen Staates „Turan“ unter Führung der Türken vom Balkan bis nach Westchina.



Bekannteste Symbole und Erkennungszeichen der „Ülkücü“-Bewegung sind der „Graue Wolf“ („Bozkurt“) und der „Wolfsgruß“, bei dem die Finger der rechten Hand am ausgestreckten Arm den Kopf eines Wolfes formen. Anhängerinnen und Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung werden daher oft als „Graue Wölfe“ („Bozkurtlar“) bezeichnet. Eine gemeinsame Organisation oder eine



Zuordnung der gesamten „Ülkücü“-Anhängerschaft unter diesem Begriff gibt es aber in Deutschland nicht.

Strukturen und Entwicklungen in Deutschland

Von den etwa 12.900 in Deutschland lebenden „Grauen Wölfen“ sind etwa 10.500 in drei großen Dachverbänden organisiert, die in unterschiedlicher Ausprägung die „Ülkücü“-Ideologie vertreten. Teilweise handelt es sich um Auslandsorganisationen extrem nationalistischer türkischer Parteien. Die Verbände sind nach außen hin um ein gemäßigtes Auftreten bemüht. Ihre Mitglieder verzichten ganz überwiegend auf öffentliche Hassreden oder andere Straf- und Gewalttaten. Der Extremismus wird eher innerhalb der Vereine ausgelebt und so eine Grundlage für die weitere Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie geschaffen.

Unorganisierte „Graue Wölfe“ leben ihren Rassismus und Antisemitismus dagegen häufig offen aus, etwa in den sozialen Medien, aber auch beim öffentlichen Aufeinandertreffen mit ihren politischen Gegnern, wo sich das hohe Gewaltpotenzial der Szene zeigt.

1. „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF)



Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF)¹³⁶ ist der größte „Ülkücü“-Dachverband. Er vertritt hierzulande die Interessen der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP)¹³⁷, die als Urorganisation der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung gilt.

In Bezug auf den Nahostkonflikt behielt die ADÜTDF 2024 ihre öffentliche Zurückhaltung bei. Stattdessen wurde die Debatte um den „Wolfsgruß“ eines Spielers der türkischen Fußballnationalmannschaft während der Europameisterschaft in Deutschland genutzt, um sich zur Symbolik und der damit verbundenen Ideologie zu bekennen und eine vermeintliche Ungleichbehandlung der Türkei anzuprangern. So repostete der ADÜTDF-Vorsitzende bei Facebook eine Rede des MHP-Vorsitzenden, dessen Positionen sich der Verband regelmäßig zu eigen macht:

¹³⁶ „Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“.

¹³⁷ „Milliyetçi Hareket Partisi“.

„Die Tatsache, dass unser Sohn (...) mit seinem Tor (...) seine Freude (...) mit dem Bozkurt-Zeichen zeigte, hat offensichtlich viele kranke Kreise innerhalb und außerhalb von uns gestört und wurde so zum Vorwand für sonderbare (...) Kommentare. Die Beteiligung der UEFA an dieser üblen Karawane (...), deren Feindseligkeit gegenüber der Türkei und den Türken offensichtlich ist, ist extrem einseitig und falsch.“
(Repost auf der Facebook-Seite des ADÜTDF-Vorsitzenden, 3. Juli 2024)

2. „ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATİB)

Die „ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATİB)¹³⁸ hat sich im Jahr 1987 von der heutigen ADÜTDF abgespalten, ohne sich dabei oder in der Folge ideologisch neu auszurichten. Sie steht für einen stärker islamisch orientierten Teil der „Ülkücü“-Bewegung. Die Zuordnung der ATİB zu den „Grauen Wölfen“ beruht vor allem auf ihrer organisatorischen Herkunft, ideologischen Gemeinsamkeiten, der Nutzung von „Ülkücü“-Symbolik und den Äußerungen sowie dem Verhalten ihrer Vertreter und einzelner Mitglieder. So wird positiv auf die turanistische Idee in Form eines türkischen Großreichs verwiesen. Vordenker der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Ideologie wie Alparslan Türkeş oder Muhsin Yazıcıoğlu und deren Lehren werden in der ATİB noch heute verehrt und zitiert. Organisatorisch ist die ATİB an keine Partei in der Türkei direkt angebunden. Stattdessen sucht sie die Nähe zu deutschen wie auch türkischen Verbänden und Einrichtungen. Dabei zeigt sich die ATİB um gesellschaftliche Akzeptanz und Mitsprachemöglichkeiten bemüht und ist beispielsweise als Gründungsmitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V. auch mit einem Mitglied in dessen Vorstand vertreten.



In Bezug auf den Nahostkonflikt und den Terrorangriff der HAMAS gegen Israel am 7. Oktober 2023 bemüht sich die ATİB öffentlich weiterhin um Zurückhaltung, eine einseitig propalästinensische, antiisraelische Positionierung bleibt jedoch bestehen. So äußerte sich ein führendes ATİB-Mitglied beispielsweise auf Facebook wie folgt:

¹³⁸ „Avrupa Türk İslam Kùltür Dernekleri Birlięi“.

„Möge der Herr, mein Gott, das zionistische Israel verfluchen und, so Gott will, dafür sorgen, dass ihm seine eigene Unterdrückung widerfährt.“

(Facebook-Seite eines ATİB-Mitglieds, 7. Mai 2024)

Einzelne Funktionäre oder Mitglieder negieren zudem öffentlich das Existenzrecht Israels und verbreiten antisemitische Verschwörungsideologien.

3. „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF)



Die „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF)¹³⁹ ist die Europaorganisation der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Großen Einheit“ (BBP)¹⁴⁰, einer noch stärker islamisch ausgerichteten Abspaltung der MHP. Ihre Ideologie eines extrem übersteigerten und islamisch geprägten Nationalismus mit rechtsextremistischen Ausprägungen richtet sich ebenso gegen ethnische wie gegen religiöse Minderheiten in der Türkei.

Primäres Identifikationsmerkmal und zugleich eine harte Abgrenzungslinie gegenüber Andersgläubigen ist für die ANF der Gedanke der „türkisch-islamischen Synthese“. Ein Türkentum sei demnach nur in Verbindung mit dem Islam möglich. Das Streben nach der Vereinigung aller Turkvölker in einem homogenen Staat „Turan“ gehört genauso zur politischen Agenda wie die Erschaffung einer neuen „Weltordnung“ („Nizâm-ı Âlem“) mit der Vision der Weltherrschaft des Islam unter türkischer Führung.

Der Konflikt zwischen Israel und der HAMAS ist für die ANF weiterhin ein Kernthema. Eine Äußerung eines ANF-Funktionärs zur Teilnahme des BBP-Vorsitzenden an der Beisetzung des Leiters des HAMAS-Politbüros Isma'il Haniya am 2. August 2024 in Doha (Katar) zeigt die anhaltende Solidarität mit der terroristischen Organisation:

„Unser Vorsitzender Herr Mustafa Destici ging nach Doha, der Hauptstadt Katars, um an der Beerdigungsfeier für den

¹³⁹ „Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu“.

¹⁴⁰ „Büyük Birlik Partisi“.

Märtyrer Ismail Haniyya teilzunehmen, der vom zionistischen Israel ermordet wurde.“

(Facebook-Seite eines ANF-Funktionärs, 2. August 2024)

4. Unorganisierte „Graue Wölfe“

Etwa 2.400 weitere „Graue Wölfe“ werden dem unorganisierten Teil der „Ülkücü“-Bewegung zugerechnet. Dies sind neben Einzelpersonen auch Anhänger von „Ülkücü“-Kleinststrukturen, deren Existenz teilweise nur von kurzer Dauer ist. Sie alle hängen der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Ideologie in unterschiedlicher Ausprägung an, welche sie zudem in variierender Intensität über die sozialen Medien zum Ausdruck bringen. Personen mit geringer Reichweite äußern sich online öfter rassistisch oder antisemitisch, während reichweitenstarke Influencer ihre Ideologie eher unerschwinglich vermitteln. Oftmals sind auch Selbstinszenierungen mit Waffen oder andere Drohgebärden festzustellen, die Stärke, Überlegenheit und Wehrhaftigkeit ausdrücken sollen. Beim Aufeinandertreffen mit politischen Gegnern, etwa im Rahmen von Demonstrationen, zeigt sich das hohe Gewaltpotenzial der unorganisierten Szene.

In den vergangenen Jahren konnten immer wieder Bildungen türkisch-rechtsextremistischer Vereinigungen festgestellt werden, deren Mitglieder mitunter durch allgemeinkriminelle Aktivitäten auffallen. Ein Beispiel ist der Duisburger Kampfsportverein „Turan T.C.“, der sich öffentlich mittels Darstellungen von „Ülkücü“-Symbolik und der Idealisierung eines turanistischen Weltbilds zum türkischen Rechtsextremismus bekennt.

Der Nahostkonflikt ist in der freien „Ülkücü“-Szene weiterhin diskursbestimmendes Thema. Hier findet sich eine ausnahmslose Solidarisierung mit der palästinensischen Seite. Diese Fokussierung änderte sich im Sommer kurzzeitig, aber intensiv im Zusammenhang mit dem „Wolfsgruß“ eines türkischen Nationalspielers bei der Fußball-Europameisterschaft. Neben Legitimationsversuchen und Vorwürfen einer Doppelmoral „des Westens“ gegenüber der Türkei stärkte die Debatte den Zusammenhalt innerhalb der Szene – bei gleichzeitiger Abgrenzung nach außen.

V. Säkularer propalästinensischer Extremismus



Der säkulare propalästinensische Extremismus besteht aus verschiedenen Organisationen, Bewegungen, Netzwerken und Einzelpersonen. Was diese Gruppierungen und Personen eint, ist die Feindschaft gegenüber Israel, dessen Existenzrecht sie nicht anerkennen und gegen das sie in völkerverständigungswidriger Weise agitieren. Auf dieser Grundlage bestehen zahlreiche Vernetzungen untereinander sowie zu weiteren extremistischen Gruppierungen, zum Beispiel zu islamistischen Palästinenserorganisationen, zu deutschen und türkischen Linksextremisten und zu türkischen Rechtsextremisten. Propalästinensische Einzelpersonen und Gruppierungen fungieren als Bindeglied zwischen den verschiedenen extremistischen Spektren und schaffen ideologische Anknüpfungspunkte zwischen islamistischen und linksextremistischen Narrativen. Prägend ist der Territorialkonflikt mit Israel. Häufig wird der Staat Israel von ihnen mit „den Juden“ gleichgesetzt. Die Agitation wird primär auf eine antizionistische und antiimperialistische Argumentation gestützt. Entsprechend ihren Parolen und Darstellungen soll Israel von der Landkarte getilgt und stattdessen ein palästinensischer Staat vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer errichtet werden.

PFLP



Die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)¹⁴¹ wurde bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1967 auch in Deutschland aktiv und setzte 1977 mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ terroristische Mittel auch gegen ein deutsches Ziel ein. Seit 2002 listet die EU sie als Terrororganisation. Die PFLP bestreitet das Existenzrecht Israels und propagiert offen den bewaffneten Kampf gegen Israel mit dem Ziel der Gründung eines palästinensischen Staates. Ideologisch gründet sich die PFLP auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, gleichzeitig prägt sie ein starker arabischer Nationalismus. So will sie nicht nur den Zionismus, sondern auch den westlichen Imperialismus zerschlagen. In Deutschland ist die PFLP vor allem propagandistisch aktiv. Sie tritt hier nicht offen unter ihrem Namen in Erscheinung, sondern organisiert beziehungsweise mobilisiert mittels ihrer Funktionäre oder Mitglieder zu Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen. So wurden auch 2024 vor allem in Berlin israelfeindliche

¹⁴¹ „Popular Front for the Liberation of Palestine“.

Versammlungen regelmäßig von Personen aus dem Umfeld der PFLP organisiert.

Das internationale palästinensische Gefangenensolidaritätsnetzwerk „Samidoun“¹⁴² wurde im Jahr 2011 von im Ausland ansässigen Mitgliedern der PFLP gegründet. Zentrale Forderung von „Samidoun“ ist die Freilassung von Palästinenserinnen und Palästinensern, die häufig aufgrund von Verbindungen zu Terrorismus oder zur PFLP inhaftiert sind. Ideologisch entsprechen die Positionen denen der PFLP, einschließlich der Ablehnung des Existenzrechts Israels. „Samidoun“ befürwortet Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange und ruft diese durch eigene Agitation hervor. Das Netzwerk unterstützt terroristische Vereinigungen wie die PFLP, die HAMAS oder die DHKP-C vor allem propagandistisch.

Seit dem 2. November 2023 ist die Betätigung des internationalen „Samidoun“-Netzwerks in Deutschland verboten. Seine deutschen Ableger wurden ebenfalls verboten und aufgelöst. In den Jahren seit 2019 waren die vor allem in Berlin und Nordrhein-Westfalen sichtbaren Strukturen des Netzwerks immer wieder bei propalästinensischen Demonstrationen aufgefallen, wo es neben antisemitischen und israelfeindlichen Äußerungen und Darstellungen auch zu Ausschreitungen und gewalttätigen Angriffen auf die Polizei kam. „Samidoun“ nutzte das hohe Vernetzungs- und Mobilisierungspotenzial bei diesen Versammlungen sowie vor allem auch im Internet zur Mitgliederwerbung, Spendensammlung sowie zur Verbreitung von Propaganda und Falschinformationen. So konnten Personen weit über die eigene Anhängerschaft hinaus erreicht werden. Diese Aktivitäten verschärfte „Samidoun“ nochmals deutlich und unmittelbar nach dem Terrorangriff der HAMAS am 7. Oktober 2023, der gefeiert und als „Widerstand“ bezeichnet wurde. Seit dem Verbot ist „Samidoun“ selbst in Deutschland unter dieser Bezeichnung nicht mehr relevant öffentlich in Erscheinung getreten. Ehemalige Akteure waren aber auch 2024 weiterhin in der extremistischen propalästinensischen Szene aktiv.

Im Bereich des säkularen propalästinensischen Extremismus agieren zumeist kleinere Gruppierungen, die israelfeindlich agitieren und sich hierbei auch antisemitischer Narrative bedienen. Vielfach

„Samidoun – Palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk“



BDS-nahe Gruppierungen in Deutschland

¹⁴² „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“.

unterstützen diese Gruppierungen den Aufruf der Bewegung „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS)¹⁴³. Die Unterstützung der BDS-Bewegung kann ein Merkmal für eine extremistische Bestrebung sein.

Mit ihrer internationalen Kampagne fordert BDS einen totalen wirtschaftlichen Boykott, den Abzug von Investitionskapital sowie das Verhängen von Sanktionen gegen den Staat Israel. BDS ist keine homogene Vereinigung, Partei oder Organisation, sondern eine Bewegung, der sich unterschiedliche Gruppen und Personen zugehörig fühlen. Mit Gründung der BDS-Bewegung im Jahr 2005 unterstützten diese über 170 palästinensische Organisationen, darunter neben Nichtregierungsorganisationen auch palästinensische Terrororganisationen wie die HAMAS, der „Palästinensische Islamische Jihad“ (PIJ) und die PFLP. Ideologische Grundlage ist der 2005 veröffentlichte gemeinsame Aufruf „Palestinian Civil Society Call for BDS“ (BDS-Call). Im englischen Original wird als erste von drei zentralen Forderungen ein Ende der Besatzung „allen arabischen Landes“ („Ending its occupation and colonization of all Arab lands“¹⁴⁴) verlangt, zu verstehen als Forderung nach „ganz Palästina“ im Sinne einer Beendigung der staatlichen Existenz Israels. Entsprechende Forderungen werden auch in Deutschland regelmäßig bei öffentlichen Versammlungen propagiert, an denen BDS-nahe Gruppierungen beteiligt sind.



Nach dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 beteiligten sich BDS-nahe beziehungsweise die Bewegung und ihre Forderungen unterstützende Gruppierungen vielfach an israelfeindlichen Versammlungen. Ferner intensivierten sie ihre Forderungen nach dem Ende einer behaupteten „israelischen Apartheid“ sowie die Aufrufe zum Boykott von Unternehmen und Waren mit Bezug zu Israel. Einige dieser Gruppierungen werden nun als gesichert extremistische Bestrebungen bewertet. Dies ist das Ergebnis und der Abschluss der zuvor erfolgten Bearbeitung der Bewegung BDS als Verdachtsfall. Zu nennen sind hierbei „BDS-Berlin“ und „BDS-Bonn“ sowie die Gruppierung „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.“ („Jüdische Stimme“). Die „Jüdische Stimme“ ist eine Sektion der Föderation European Jews for a Just Peace (EJJP) und besteht seit 2007 in Deutschland.

¹⁴³ „Boycott, Divestment and Sanctions“.

¹⁴⁴ „Palestinian Civil Society Call for BDS“, Website BDS Movement, 9. Juli 2005.

Während die genannten Akteure vordergründig die Vollziehung der Zweistaatenlösung fordern, befürworten sie direkt oder ver-
klausuliert den Terrorismus von HAMAS, PIJ und PFLP und be-
zeichnen den Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 als legitimen
„Akt des Widerstands“. Gleiches gilt für die Gruppierung „Palästina
Spricht“, welche infolge des vom Deutschen Bundestag am 17. Mai
2019 angenommenen Antrags „Der BDS-Bewegung entschlossen
entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“¹⁴⁵ in Berlin gegrün-
det wurde. Anhänger der Gruppierung leugnen das Existenzrecht
Israels und haben sich ebenfalls hinter den Terrorangriff vom
7. Oktober 2023 gestellt.



Daneben gibt es in Deutschland Personen mit Bezügen zum pro-
palästinensischen Extremismus, die sich antisemitisch oder israel-
feindlich äußern oder betätigen, ohne dass eine Mitgliedschaft in
einer extremistischen Organisation festzustellen wäre. Aus diesem
Spektrum werden immer wieder Hassbotschaften bis hin zu Ge-
waltaufrufen in den sozialen Medien verbreitet. Auf diese Weise
tragen Einzelpersonen maßgeblich zu einer zunehmenden Radika-
lisierung und Gewaltbereitschaft innerhalb des propalästinensi-
schen Extremismus bei. In Bezug auf die Situation im Gazastreifen
werden immer wieder Straf- und Gewalttaten in und gegen
Deutschland und seine Institutionen angedroht und zum Teil
auch durchgeführt. Nach einem Brandanschlag auf das Berliner
Gymnasium Tiergarten im Juli 2024 hinterließen die unbekannten
Täter entsprechende Parolen an der Fassade. Dort hieß es unter an-
derem:

Extremistische palästinensische Einzelpersonen

*„Brennt Gaza Brennt Berlin“, „Stop Polizeigewalt“, „Studenten
haben das Recht auf Protest“, „Warnung Presse“, „Warnung
Berlin“*

Gerade die Parole „Brennt Gaza, brennt Berlin“ ist seit Mitte 2024
vielfach an Häuserwänden in Berlin zu finden, teils auch in engli-
scher Sprache.

Das dieser Szene auch abseits fester Organisationszugehörigkei-
ten in Deutschland innewohnende Mobilisierungspotenzial wird

¹⁴⁵ Bundestags-Drucksache (BT-Drucks.) 19/10191. Darin werden die BDS-Kampagne
und Boykottaufrufe verurteilt. Es dürften keine Organisationen finanziell gefördert
werden, die das Existenzrecht Israels infrage stellen. Dies gelte auch für Projekte, die
die BDS-Bewegung unterstützen und zum Boykott aufrufen.



immer wieder deutlich bei Protestkundgebungen zu jährlich wiederkehrenden Anlässen wie dem „al-Quds-Tag“¹⁴⁶, dem „Nakba-Tag“¹⁴⁷ oder dem „Tag der palästinensischen Gefangenen“¹⁴⁸, aber auch bei spontanen Reaktionen auf aktuelle politische Ereignisse im Nahen Osten wie zuletzt seit dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023. Auch wenn die Protestveranstaltungen hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmenden und der Häufigkeit nicht mehr das gleiche Ausmaß wie im Oktober und November 2023 erreichten, fanden auch 2024 weiterhin regelmäßig propalästinensische Veranstaltungen unter Beteiligung von Extremisten statt, vor allem in Berlin. Mit Rückgang der Teilnehmendenzahlen kristallisierte sich hier ein harter Kern heraus, der sich zu einem relevanten Teil aus extremistischen Personen und Gruppierungen zusammensetzte. Regelmäßig kam es zu Äußerungen oder Darstellungen mit antiisraelischen, aber auch antisemitischen Inhalten. Die häufig aggressive Grundstimmung unter den Teilnehmenden gipfelte wiederholt in körperlichen Auseinandersetzungen und Angriffen auf die Polizei, Journalisten oder Gegendemonstranten. Auch an den Hochschulprotesten und -besetzungen, die im Frühjahr 2024 ihren Höhepunkt erreichten, beteiligten sich zahlreiche propalästinensische Einzelpersonen und Strukturen aus unterschiedlichen extremistischen Spektren, die zwar nicht die Mehrheit der Teilnehmenden stellten und auch keine bundesweit steuernde Rolle einnahmen, aber dennoch die Bilder und zum Teil den Verlauf der Proteste mitprägten (siehe auch Sonderkapitel „Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus“).

VI. Antisemitismus im auslandsbezogenen Extremismus



Im auslandsbezogenen Extremismus sind Organisationen zusammengefasst, die ganz unterschiedliche Ideologien und Bestrebungen aufweisen und deren Heimat- und Bezugsländer über die

¹⁴⁶ Al-Quds ist der arabische Name für Jerusalem. Der „al-Quds-Tag“ fällt immer mit dem Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan zusammen.

¹⁴⁷ Am 15. Mai findet seit 2004 jährlich der „Nakba-Tag“ statt, an dem Palästinenser und ihre Unterstützer weltweit der Flucht und Vertreibung aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina in den Jahren 1948/1949 gedenken. Der arabische Begriff „Nakba“ bedeutet übersetzt sinngemäß „Katastrophe“.

¹⁴⁸ Nach einem Beschluss des palästinensischen Nationalrats im Jahr 1974 wird der „Tag der palästinensischen Gefangenen“ alljährlich am 17. April begangen.

ganze Welt verteilt sind. Entsprechend unterschiedlich ist hier der Antisemitismus ausgeprägt (siehe auch Sonderkapitel „Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus“).

Antisemitismus sowie die rassistische Überhöhung des Türkentums bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen, Ethnien oder Religionen sind prägende Bestandteile der „Ülkücü“-Ideologie türkischer Rechtsextremisten. Verbunden wird dies mit dem Bestreben, in einem Großreich „Turan“ alle so verstandenen „Turkvölker“ zu vereinen. Damit einher geht ein antisemitisches Weltbild, das sich bereits bei Nihal Atsız (1905–1975), einem der Vordenker der „Ülkücü“-Ideologie, finden lässt. Seine ausgeprägte Judenfeindlichkeit manifestierte sich in unterschiedlichen Formen. So heißt es zum Beispiel in einer Veröffentlichung aus dem Jahr 1934:

„Der zweite Feind ist der Jude. Sein Gott ist das Geld. Er ist ein ehrloser, habgieriger Mensch, der nicht davor zurückschreckt, die Fahne, in deren Schatten er lebt, zu verkaufen, um ein paar Münzen in seine Tasche zu stecken. In welchem Land auch immer er lebt, er ist dessen Feind. (...) Es gibt zwei Arten von Juden. Die einen sind ursprüngliche Juden, die an ihrer Sprache zu erkennen sind. Die anderen sind konvertierte Juden, die nicht an ihrer Sprache zu erkennen sind. Um sie zu erkennen, muss man ganz genau auf die entarteten jüdischen Linien in ihren Gesichtern achten.“

(Nihal Atsız, „Kommunist, Jude und Speichellecker“, 12. März 1934)

Unter türkischen Rechtsextremisten sind auch Verschwörungserzählungen verbreitet, nach denen Juden die geheimen Machthaber und Strippenzieher auf der Welt seien. Oft werden hierbei Betroffene als „Kryptojuden“ diffamiert, also als Personen, die die ihnen zugeschriebene jüdische Herkunft verheimlichten, sich gar als Muslime tarnten, um so ihren unterstellten obskuren Geschäften besser nachgehen zu können. Dieses Narrativ ist Ausdruck des politischen Antisemitismus. Mit Gründung Israels trat zusätzlich eine gegen den Staat Israel gerichtete Feindseligkeit hinzu, die mit der angeblichen Unterdrückung der muslimisch-arabischen Glaubensbrüder – insbesondere des palästinensischen Volkes – begründet wird.

Auch der säkulare propalästinensische Extremismus benennt insbesondere den Kampf gegen den und letztlich die Vernichtung des

Türkischer Rechtsextremismus

Säkularer pro- palästinensischer Extremismus

Staates Israel als handlungsleitendes Ziel. Säkulare propalästinentische Extremistinnen und Extremisten bestreiten regelmäßig das Existenzrecht Israels sowie dessen sicherheitspolitisches Interesse an der Wahrung der Integrität des eigenen Staatsgebiets. Hauptanknüpfungspunkt der antisemitischen Agitation ist also die Existenz des Staates Israel, wobei dieser meistens mit „den Juden“ gleichgesetzt wird.¹⁴⁹

Charakteristisch für diese Form des Extremismus ist, dass die israelische Politik und das Handeln der israelischen Sicherheitskräfte gegenüber der palästinensischen Bevölkerung bei den (bisweilen persönlich oder familiär betroffenen) Anhängerinnen und Anhängern in Teilen starke negative Emotionen gegenüber Israel auslösen. Diese negativen Gefühle werden aufgrund der jüdischen Prägung Israels wiederum auf Jüdinnen und Juden insgesamt projiziert. Hinter vermeintlicher Kritik am israelischen Staat verbirgt sich nicht selten auch eine antisemitische Agitation, da nicht zwischen dem staatlichen Handeln und der jüdischen Religionsgemeinschaft differenziert wird und auch judenfeindliche Stereotype auf Israel übertragen werden. Diese Agitation schlägt sich in Deutschland insbesondere bei den neuerlichen Eskalationen im Nahostkonflikt in Demonstrations- und Gewaltaufrufen nieder, die dann zum Teil in gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei münden.

Türkischer Linksextremismus

Im türkischen Linksextremismus widerspricht Antisemitismus grundsätzlich der ideologisch angestrebten säkularen und egalitären Staats- und Gesellschaftsordnung, dennoch sind immer wieder antisemitische Verlautbarungen aus der Szene zu beobachten. Diese richten sich jedoch nicht gegen Jüdinnen und Juden, sondern ideologisch begründet gegen den Staat Israel, der als „imperialistisch“ und „kapitalistisch“ abgelehnt und daher sein Existenzrecht verneint wird. Beispielhaft für die anderen Strukturen im türkischen Linksextremismus vertritt die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) als größte Organisation in diesem Spektrum die Haltung, dass der Staat Israel als „imperialistisches Projekt“ abzulehnen sei.

¹⁴⁹ Auch wenn Israel sich mit dem 2018 verabschiedeten Nationalstaatsgesetz selbst einen jüdischen Charakter zuschreibt, leben in Israel keineswegs nur Juden, sondern z.B. auch Christen, Muslime und Drusen, die ebenfalls über die israelische Staatsbürgerschaft verfügen. Eine Synonymsetzung von „Juden“ und „Israel“ ist folglich nicht zutreffend.

„Das mörderische zionistische Israel, das der Gendarm und die vorgelagerte Kaserne des Imperialismus ist, begeht im Namen des US- und EU-Imperialismus (...) Massaker, verübt Völkermorde und verwirklicht Besetzungen, bombardiert Städte, brennt Städte nieder und reißt sie ein.“

(„Halk Okulu“ Nr. 255, 6. Oktober 2024, S. 48)

Ein ambivalentes Bild ergibt sich bei der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Auch wenn jüdische Menschen und Israel keine zentralen Feindbilder der PKK sind, hat sich vor allem der Organisationsgründer Abdullah Öcalan immer wieder antisemitisch geäußert. Im Februar 2021 wird Öcalan zum Beispiel in der Zeitung „Serxwebûn“ mit der Aussage wiedergegeben, dass man den Anteil des jüdischen Kapitals und der jüdischen „Ideologen“ am „Hitlerfaschismus“ nicht vernachlässigen dürfe.¹⁵⁰ Der Hinweis auf ein vermeintliches jüdisches Kapital suggeriert, dass Juden einen besonderen finanziellen Status besäßen, und bedient damit ein klassisches antisemitisches Stereotyp. Gleichzeitig schreibt Öcalan Juden damit eine eigene Mitschuld am Holocaust zu. Diese Haltung wird im Alltag von der Anhängerschaft hierzulande jedoch nicht wiedergegeben.

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Jenseits der spezifischen Besonderheiten hinsichtlich der jeweiligen antisemitischen Ausprägungen in den ideologisch getrennten Bestrebungen des Phänomenbereichs konnte nach dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 beobachtet werden, wie sich extremistische Bewegungen und Gruppierungen über Strömungen und ideologische Differenzen hinweg miteinander solidarisierten. Dies wirft ein Schlaglicht darauf, dass Israelfeindschaft und Antisemitismus Brückennarrative, also ideologische Schnittmengen zwischen unterschiedlichen extremistischen Einstellungen, sind. Akteure aus dem säkularen propalästinensischen Extremismus nehmen dabei im propalästinensischen Demonstrationsgeschehen eine Scharnierfunktion zwischen Islamisten und Linksextremisten ein. Der Motivationstreiber ihrer Agitation besteht nicht in einer islamistisch-religiösen Ideologie, jedoch geben die von ihnen geführten Diskurse und daraus resultierenden Proteste dem Terrorismus der islamistischen HAMAS Legitimation.

Antisemitismus als Brückennarrativ



¹⁵⁰ „Reber Apo'nun ‚Kapitalist Uygurlik‘ adli savunmasindan alinmistir – Kapitalist modenite veulus-devlet“, in: „Serxwebûn“ Nr. 470 vom Februar 2021, S. 16–19. Die „Serxwebûn“ (auf Deutsch: „Unabhängigkeit“) ist eine monatlich erscheinende und in den Niederlanden verlegte PKK-Zeitung.

VII. Überblick mit Strukturdaten zu Beobachtungsobjekten

1. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)



Gründung:	1978 in der Türkei
Leitung/Vorsitz:	Abdullah Öcalan (Vorsitzender) Gruppe von Führungskadern
Anhängerschaft in Deutschland:	15.000 (2023: 15.000)
Publikationen/Medien:	„Serxwebûn“ (Zeitung, monatlich) „Yeni Özgür Politika“ (Zeitung, täglich) „Stêrk TV“ (TV-Sender)
Betätigungsverbot in Deutschland:	Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 22. November 1993; das Verbot bezieht sich auch auf alle späteren Umbenennungen: „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ („Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê“ – KADEK) „Volkskongress Kurdistans“ („Kongra Gelê Kurdistan“ – KONGRA GEL) „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ („Koma Komalên Kurdistan“ – KKK) „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ („Koma Civakên Kurdistan“ – KCK)
Jugendorganisation:	„Komalên Ciwan“/„Tevgera Ciwanên Şoreşger“ (TCŞ)

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) zielt auf eine politische und kulturelle Autonomie der Kurden in ihren Siedlungsgebieten unter Aufrechterhaltung nationaler Grenzen. Maßgeblich bleibt hierbei allein die von den Führungskadern vorgegebene Parteilinie. Die PKK-Guerilla verübt in der Türkei auch terroristische Anschläge. In Deutschland liegt der Schwerpunkt auf der logistischen und finanziellen Unterstützung der Gesamtorganisation, der Rekrutierung für den bewaffneten Kampf in der Heimatregion und der Aufhebung des Betätigungsverbots.

Mithilfe sogenannter Massenorganisationen versucht die PKK ihre Anhängerschaft an sich zu binden, indem sie diese nach sozialen Kriterien oder Berufs- und Interessengruppen organisiert. Hervorzuheben sind die PKK-Jugendorganisation und die PKK-Studierendenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK)¹⁵¹ mit deren Frauenorganisation „Studierende Frauen aus Kurdistan“ (JXK)¹⁵². Weitere Beispiele sind die „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ (AKKH/TJK-E)¹⁵³ sowie Religionsgemeinschaften wie die „Islamische Gemeinde Kurdistans“ (CIK)¹⁵⁴, die „Föderation der demokratischen Aleviten e.V.“ (FEDA)¹⁵⁵ und der „Zentralverband der Êzidischen Vereine e.V.“ (NAV-YEK)¹⁵⁶.

¹⁵¹ „Yekitiya Xwendekarên Kurdistan“.

¹⁵² „Jinên Xwendekar ên Kurdistan“.

¹⁵³ Türkisch: „Avrupa Kürt Kadın Hareketi“/Kurdisch: „Tevgera Jinên Kurd li Ewropayê“.

¹⁵⁴ „Civaka Îslamiya Kurdistan“.

¹⁵⁵ „Federasyona Demokratika Elewî“.

¹⁵⁶ „Navenda Yekitiya Komelên Ezdiyan“.

1.1 „Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e.V.“ (KON-MED)



Gründung:	Mai 2019
Leitung/Vorsitz:	Emine Ruken Akça und Kerem Gök
Regionale Untergliederungen:	<p>„Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Norddeutschland e.V.“ (FED-DEM)¹⁵⁷</p> <p>„Freie Kurdistan Föderation Ostdeutschland“ (FED-KURD)¹⁵⁸</p> <p>„Föderation der Freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e.V.“ (FED-MED)¹⁵⁹</p> <p>„Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e.V.“ (FCDK-KAWA)¹⁶⁰</p> <p>„Föderation der Völker Kurdistans e.V.“ (FED-GEL)¹⁶¹</p>
<p>Die „Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e.V.“ (KON-MED) ist die Dachorganisation der PKK-nahen Vereine in Deutschland. Ihr sind fünf regionale Föderationen nachgeordnet, welche den örtlichen Vereinen in Norddeutschland (FED-DEM), Ostdeutschland (FED-KURD), Nordrhein-Westfalen (FED-MED), Hessen und Saarland (FCDK-KAWA) sowie Baden-Württemberg und Bayern (FED-GEL) vorstehen.</p> <p>Im Sinne der PKK mobilisiert die KON-MED gemeinsam mit ihren Untergliederungen zu Veranstaltungen und Kundgebungen und beteiligt sich an der Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit.</p>	

¹⁵⁷ „Federasyona Civaka Demokratik a Kurdistanîyên li Bakûrê Almanya“.

¹⁵⁸ „Federasyona Kurdistanîyên Azad li Rojhilatê Almanya“.

¹⁵⁹ „Federasyona Civakên Azad yê Mezopotamya li NRW“.

¹⁶⁰ „Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyan“.

¹⁶¹ „Federasyona Gelên Kurdistanî“.

2. „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Gründung:	30. März 1994 in Damaskus (Syrien)
Leitung/Vorsitz:	Gruppe von Führungskadern
Anhängerschaft in Deutschland:	600 (2023: 600)
Publikationen/Medien:	„Halk Okulu“ (wöchentlich) „Devrimci Sol“ (jährlich) „Bizim Gençlik“ (unregelmäßig) „TAVIR“ (unregelmäßig)
Organisationsverbot in Deutschland:	Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 6. August 1998; Verbreitungsverbot für die ehemalige Wochenzeitschrift „Yürüyüş“
Tarnbezeichnungen:	„Anatolische Föderation“ ¹⁶² „Volksfront“ ¹⁶³ „Volksrat“ ¹⁶⁴
Jugendorganisation:	„Devrimci Gençlik“ (kurz: „Dev Genç“)

Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) strebt auf Grundlage des Marxismus-Leninismus die Errichtung eines sozialistischen Systems durch gewaltsame Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei an. Dazu hält sie an der Durchführung von Terroranschlägen in der Türkei fest. Einrichtungen des türkischen Staates sind vorrangige Angriffsziele. In Deutschland leisten Anhängerinnen und Anhänger der DHKP-C logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung. Wichtigstes Propagandainstrument der DHKP-C ist die Musikgruppe „Grup Yorum“. Über deren Konzerte werden Ideologie und Propaganda der DHKP-C verbreitet, Nachwuchs rekrutiert und Gelder generiert.



Logo „Dev Genç“



¹⁶² „Anadolu Federasyonu“.

¹⁶³ „Halk Cephesi“.

¹⁶⁴ „Halk Meclisi“.

3. „Türkische Kommunistische Partei-Marxisten-Leninisten“
(TKP-ML)¹⁶⁵



Gründung:	2019/2020
Leitung/Vorsitz:	Gruppe von Führungskadern
Anhängerschaft in Deutschland:	650 (2023: 650)
Publikationen/Medien:	„Özgür Gelecek“ (Zeitung/Zeitschrift, 14-täglich)
Umfeldorganisationen:	„Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa“ (ATİK) ¹⁶⁶ „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATİF) ¹⁶⁷ „Neue Frau“ („Yeni Kadın“)
Jugendorganisation:	„Neue Demokratische Jugend“ (YDG) ¹⁶⁸
<p>Die maoistisch ausgerichtete „Türkische Kommunistische Partei-Marxisten Leninisten“ (TKP-ML) will in der Türkei einen bewaffneten revolutionären Umsturz herbeiführen mit dem Ziel, dort ein totalitäres kommunistisches System zu errichten.</p> <p>In Deutschland leistet die Anhängerschaft der TKP-ML propagandistische, logistische und finanzielle Unterstützung. Ereignisse in der Türkei werden von der Organisation propagandistisch thematisiert und in ihrem Sinne umgedeutet. Anlassbezogen arbeitet die TKP-ML mit anderen türkischen, kurdischen und deutschen links-extremistischen Organisationen zusammen.</p>	

¹⁶⁵ „Türkiye Komünist Partisi-Marksist Leninist“.

¹⁶⁶ „Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu“.

¹⁶⁷ „Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu“.

¹⁶⁸ „Yeni Demokratik Gençlik“.

4. „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)¹⁶⁹

Gründung:	2019/2020
Leitung/Vorsitz:	Gruppe von Führungskadern
Anhängerschaft in Deutschland:	150 (2023: 150)
Publikationen/Medien:	„Yeni Demokrasi“ (Zeitung/Zeitschrift, 14-täglich)
Umfeldorganisationen:	„Verband der Werktätigen MigrantInnen in Europa“ (AGEB) ¹⁷⁰ „Lila-Rot-Kollektiv“ (Frauenorganisation) ¹⁷¹
Jugendorganisation:	„Jugendinitiative Partizan/Marxistisch- Leninistisch-Maoistisch“ (PGİ/MLM) ¹⁷²
<p>Die maoistisch ausgerichtete „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) strebt in der Türkei einen bewaffneten revolutionären Umsturz an mit dem Ziel, das bestehende Gesellschaftssystem zu zerschlagen und an dessen Stelle ein totalitäres kommunistisches System zu errichten.</p> <p>Die Umfeldorganisationen sowie die Anhängerinnen und Anhänger in Deutschland leisten hierzulande propagandistische, logistische und finanzielle Unterstützung.</p>	



¹⁶⁹ „Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist“.

¹⁷⁰ „Avrupa Göçmen Emekçiler Birliği“.

¹⁷¹ „Mor-Kızıl Kolektif“.

¹⁷² „Partizan Gençlik İnisiyatifi/Marksist-Leninist-Maoist“.

5. „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“
(MLKP)¹⁷³



Gründung:	1994 in der Türkei
Leitung/Vorsitz:	Funktionärsgruppe
Anhängerschaft in Deutschland:	600 (2023: 600)
Publikationen/Medien:	„Atılım“ (Zeitung, wöchentlich)
Umfeldorganisationen:	„Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa“ (AvEG-Kon) ¹⁷⁴ „Föderation der Arbeitsimmigrant/innen in Deutschland e.V.“ (AGİF) ¹⁷⁵
Jugendorganisation:	„Young Struggle“ (YS)
<p>Die „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) strebt in der Türkei die gewaltsame Zerschlagung der staatlichen Ordnung und die Errichtung eines kommunistischen Gesellschafts-systems an. Dabei versteht die MLKP sich als politische Vorhut des Proletariats der türkischen und kurdischen Nation sowie der nationalen Minderheiten. Zur Erreichung ihrer Ziele bedient sich die MLKP in der Türkei auch terroristischer Mittel.</p> <p>In Deutschland agiert die MLKP in der Regel nicht offen, sondern mittels ihrer Umfeldorganisationen. Die Hauptbetätigungsfelder hierzulande sind dabei die propagandistische Unterstützung des bewaffneten Kampfes im Heimatland, die Gewinnung neuer Mitglieder für die Umfeldorganisationen und das Sammeln von Spendengeldern. Mit Kampagnen und Kundgebungen gedenkt die Organisation regelmäßig ihrer für die Revolution gestorbenen „Märtyrer“.</p> <p>Anstelle ihrer „Kommunistischen Jugendorganisation“ (KGÖ)¹⁷⁶ ist für die MLKP in Deutschland „Young Struggle“ (YS) aktiv. Die Organisation wurde 2010 in Stuttgart (Baden-Württemberg) gegründet und fungiert als Dachverband für alle MLKP-Jugendorganisationen in Europa.</p>	

¹⁷³ „Marksist Leninist Komünist Parti“.
¹⁷⁴ „Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu“.
¹⁷⁵ „Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu“.
¹⁷⁶ „Komünist Gençlik Örgütü“.



6. **„Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealisten-
vereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF)**

Gründung:	1978 in Frankfurt am Main (Hessen)
Sitz:	Frankfurt am Main
Leitung/Vorsitz:	Şentürk Doğruyol
Anhängerschaft in Deutschland:	7.000 (2023: 7.000)
Publikationen/Medien:	„Bülten“ (Zeitung/Zeitschrift, unregelmäßig)
Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF) vertritt in Deutschland die Interessen der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) – der Hauptorganisation der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung. Deren übersteigert nationalistische bis rechtsextremistische Ideologie wird auch von der ADÜTDF geteilt. Der streng hierarchisch organisierte Verband hat Deutschland organisatorisch in 15 „Bölge“ („Gebiete“) eingeteilt, in denen er über 200 Vereine unterhält.	



7. „ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATİB)



Gründung:	1987
Sitz:	Köln (Nordrhein-Westfalen)
Leitung/Vorsitz:	İmam Cengiz
Anhängerschaft in Deutschland:	2.500 (2023: 2.500)
Publikationen/Medien:	„Referans“ (Zeitschrift)
<p>Die „ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATİB) hat sich 1987 von der heutigen ADÜTDF (vgl. Nr. 6) abgespalten, ohne sich in der Folge ideologisch neu auszurichten. Sie steht mit ihren 24 Ortsvereinen in Deutschland für einen stärker islamisch orientierten Teil der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung.</p>	

8. „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF)

Gründung:	1994
Sitz:	Ludwigshafen am Rhein (Rheinland-Pfalz)
Leitung/Vorsitz:	Erol Yazıcıoğlu
Anhängerschaft in Deutschland:	1.000 (2023: 1.000)
Bei der „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF) handelt es sich um die Europaorganisation der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Großen Einheit“ (BBP). Die BBP versteht sich selbst als Teil der „Ülkücü“-Bewegung, wobei sie stärker islamisch ausgerichtet ist. Wie ihre Mutterorganisation ist auch die ANF der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung zuzurechnen. Ihre Anhängerschaft ist in Deutschland auf lokaler Ebene in etwa 15 Ortsvereinen organisiert.	



9. „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)



Gründung:	1967
Sitz:	Damaskus (Syrien)
Leitung/Vorsitz:	Generalsekretär Ahmad Sa'adat (in Israel inhaftiert); Vertreter: Jamil Mazhar
Anhängerschaft in Deutschland:	100 (2023: 100)
Publikationen/Medien:	„Al-Hadaf“ (Onlinepublikation)

Die marxistisch-leninistisch geprägte „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) ist eine stark nationalistisch ausgerichtete palästinensische Terrororganisation. Sie lehnt die Existenz des Staates Israel ab und verfolgt das Ziel eines palästinensischen Staates in den Grenzen eines historischen „Palästina“ vor Gründung des modernen Staates Israel mit Jerusalem als Hauptstadt. Dazu propagiert die PFLP den bewaffneten Kampf und sucht den Schulterschluss mit Organisationen wie „Hizb Allah“ und HAMAS (vgl. Berichtsteil Islamismus/islamistischer Terrorismus, Kap. VI, Nr. 5 und 6). Anhängerinnen und Anhänger der PFLP begehen nach wie vor terroristische Anschläge, bei denen es auch Todesopfer zu beklagen gibt. Auch hierbei offenbart die PFLP – entgegen ihrem nach außen propagierten Selbstbild – ihren antisemitischen Charakter, indem sie Anschläge gezielt gegen jüdische Israelis richtet.

In Deutschland ist die PFLP nicht terroristisch tätig und tritt nicht offen auf. Die hier aktive Anhängerschaft verbreitet israelfeindliche Propaganda und wirbt um politische Unterstützung und Spenden zur Unterstützung ihrer Strukturen und des bewaffneten Kampfes in Nahost. Ehemalige Terroristen der PFLP genießen bei deren Anhängerschaft große Anerkennung und werden gezielt zur Indoktrinierung nach Deutschland eingeladen. Die PFLP unterhält auch Kontakte zum deutschen Linksextremismus, vor allem zur „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD, vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. VI, Nr. 9) sowie zum antiimperialistischen Spektrum (vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. III, Nr. 1.3).

10. „Samidoun – Palästinensisches
Gefangenensolidaritätsnetzwerk“ („Samidoun“)¹⁷⁷

Gründung:	2011
Sitz:	USA
Leitung/Vorsitz:	Charlotte Kates
Anhängerschaft in Deutschland:	50 (2023: 50)
Betätigungs- und Organisationsverbot in Deutschland:	Verbotsverfügung der Bundesministerin des Innern vom 2. November 2023; Betätigungsverbot für das internationale „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“; Organisationsverbot für die Teilorganisation „Samidoun Deutschland“, auch agierend unter den Bezeichnungen „HIRAK – Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany)“ und „Hirak e.V.“

„Samidoun“ wurde 2011 in den USA von Mitgliedern der terroristischen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) gegründet und ist in Form sogenannter Chapter vor allem in Nordamerika und Europa aktiv. Primäre Forderung ist die Freilassung palästinensischer Gefangener aus israelischen Gefängnissen. „Samidoun“ lehnt das Existenzrecht Israels ab und fordert die Errichtung eines eigenen Staates „Palästina“ „vom Fluss bis zum Meer“. In Israel ist „Samidoun“ als Teil des Auslandsnetzwerks der PFLP seit 2021 als Terrororganisation eingestuft.

Nach dem Verbot sind die Symbole von „Samidoun“ weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden; die deutschen Internetauftritte sind nicht mehr abrufbar. Die Anhängerschaft sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten verbreiten jedoch weiterhin dessen antisemitische, israelfeindliche und damit völkerverständigungswidrige Positionen. Das Mobilisierungspotenzial reicht weit über die Anhängerschaft hinaus. Es bestehen Verbindungen zu anderen extremistischen palästinensischen Akteuren sowie in den deutschen und türkischen Linksextremismus.



¹⁷⁷ „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“.





**Spionage, Cyberangriffe und sonstige
sicherheitsgefährdende oder
geheimdienstliche Aktivitäten für
eine fremde Macht**



Spionage, Cyberangriffe und sonstige sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht

I. Überblick und Entwicklungstendenzen

Bedrohung durch umfassende Spionage sowie andere illegitime und illegale Methoden



Deutschland ist als größter Mitgliedstaat der EU, zweitgrößtes NATO-Mitglied¹⁷⁸ und drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt für andere Staaten von besonderem Interesse und ein zentrales Ziel von Spionage in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Militär. Geopolitische und geoökonomische Verschiebungen sowie der Paradigmenwechsel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine waren 2024 Anlass und Treiber für vielfältige Formen nachrichtendienstlichen Handelns gegen Deutschland. Die Gefährdung ist von einer Gemengelage unterschiedlicher nachrichtendienstlicher Interessen und Vorgehensweisen in Zeiten divergierender strategischer Interessen Europas, der USA, Russlands und Chinas in Politik und Wirtschaft geprägt.

TNR Dabei setzen fremde Mächte ihre Nachrichtendienste umfassend ein, um in Deutschland zu spionieren. Hinzu treten weitere illegitime oder auch illegale Methoden und Mittel, mit denen Informationen erlangt werden und Know-how gestohlen wird. Zudem betreiben sie unzulässige Einflussnahme und verbreiten Desinformation. Außerdem überwachen diese Nachrichtendienste Oppositionelle und andere als Gegner eingestufte Personen oder verfolgen sie. Der dafür gebrauchte Begriff Transnationale Repression (TNR) beschreibt die von fremden Staaten außerhalb ihrer Landesgrenzen betriebenen Unterdrückungsmaßnahmen. Sie richten sich gegen im Ausland lebende Dissidenten oder sonstige von der Regierung des Heimatlandes als Gegner eingestufte Personen. Gängige Formen Transnationaler Repression sind die Ausspähung von Dissidenten und anderen Regierungsgegnern, die Bedrohung und Verfolgung oppositioneller Gruppierungen sowie im extremsten Fall Staatsterrorismus mit schwersten Gefahren für Leib und Leben. Mit staatsterroristischen Methoden wie Anschlägen, Entführungen oder Tötungen werden nicht nur Kritiker verfolgt, sondern auch deren Aufenthaltsstaaten politisch und diplomatisch

¹⁷⁸ Zusammen mit der Türkei mit jeweils 84 bzw. 85 Mio. Einwohnern.

unter Druck gesetzt. Damit wird auch die Souveränität dieser Staaten verletzt.

Schließlich sollen Sabotageoperationen vorbereitet und umgesetzt werden. Zu den im Rahmen jener Aktivitäten eingesetzten Mitteln zählen menschliche Quellen genauso wie Cyberangriffe und andere technische Aufklärungsmittel, darunter die Überwachung drahtloser Kommunikation.

Sabotage

Es ist davon auszugehen, dass fremde Nachrichtendienste insbesondere im Regierungsviertel entsprechende Maßnahmen ergreifen, um beispielsweise Gespräche über Mobiltelefone abzufangen. Die diplomatischen Vertretungen ausländischer Staaten in Deutschland bieten dafür entsprechende Möglichkeiten zur Überwachung.

Fernmeldeaufklärung

Die Aktivitäten fremder Mächte umfassen auch das Beschaffen von Produkten und Wissen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, deren Trägersystemen, anderen Rüstungsgütern oder Elementen für neuartige Waffensysteme. Zusätzlich bemühen sie sich um militärisch anwendbare Hochtechnologie, um regionale oder weltpolitische Absichten mit militärischen Drohgebärden verfolgen zu können.

Proliferation

Spionage, Cyberangriffe, unzulässige ausländische Einflussnahme und Desinformation, Proliferation, Sabotage und Staatsterrorismus haben erhebliche negative Auswirkungen. All diese nachrichtendienstlichen Aktivitäten stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands und seiner Interessen dar. Das rechtswidrige Agieren fremder Nachrichtendienste beeinträchtigt die nationale Souveränität, die außenpolitische Verhandlungsposition kann in der Folge geschwächt, der gesellschaftliche Zusammenhalt erschwert und die freie Meinungs- und Willensbildung gestört werden. Mögliche Sabotageakte können weitreichende Folgen für das öffentliche Leben haben. Die durch fremde Nachrichtendienste betriebene Ausforschung und Unterwanderung oppositioneller Gruppen aus den jeweiligen Herkunftsstaaten unterminiert die Rechtsordnung und Schutzgüter für alle Menschen, die hier leben. Cyberangriffe und Spionage verursachen jedes Jahr erhebliche betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden in dreistelliger Millionenhöhe.

Hohe Gefährdung durch fremde Nachrichtendienste

Vier Hauptakteure

Die Russische Föderation, die Volksrepublik China, die Islamische Republik Iran und die Republik Türkei stellen unverändert die Hauptakteure der gegen Deutschland gerichteten Spionage, nachrichtendienstlichen Cyberangriffe, unzulässigen Einflussnahmeaktivitäten und Proliferationsbemühungen dar, wobei sie unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Weiterhin prägt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Arbeit der Cyber- und Spionageabwehr. Russland passt seine Aktivitäten an die veränderten Operationsbedingungen und Bedarfe an und schreckt dabei auch vor robusten Vorgehensweisen, wie Spionage und Sabotage mittels angeworbener ungeschulter Einzeltäter, nicht zurück. Das umfassende und strategische Vorgehen Chinas bei Spionage und anderen Formen des unerwünschten Wissenstransfers erfordert besondere Wachsamkeit von Staat und Gesellschaft.

Zusammenarbeit

Das BfV setzte auch 2024 seinen ganzen Werkzeugkasten nachrichtendienstlicher Mittel und rechtlicher Befugnisse ein, um das Handeln ausländischer Nachrichtendienste im politischen Raum, in Wirtschaft und Wissenschaft sowie im Cyber- und Informationsraum aufzudecken und zu unterbinden. Die nationale und internationale Zusammenarbeit ist dabei ein wesentliches Element der Cyber- und Spionageabwehr.

Cyberabwehr und Zusammenarbeit im Cyber-AZ



Mit seiner Analyse nachrichtendienstlicher Cyberangriffe und APT¹⁷⁹-Gruppierungen ist das BfV ein wichtiger Pfeiler der deutschen Cybersicherheitsarchitektur. Die Zusammenarbeit im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum sichert den stetigen Informationsaustausch zwischen den für Cybersicherheit zuständigen Behörden, um der hohen Bedrohungslage durch Cyberangriffe wirkungsvoll zu begegnen.

GETZ



Die nationale Zusammenarbeit im Bereich der Cyber- und Spionageabwehr pflegt das BfV nicht nur im Verfassungsschutzverbund, sondern auch im gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ), das für die Spionageabwehr eine besondere Bedeutung hat. Hinzu treten weitere Kooperationsformate, darunter zur maritimen Sicherheit das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ).

¹⁷⁹ APT steht für „Advanced Persistent Threat“ (etwa „fortgeschrittene, andauernde Bedrohung“) und bezeichnet einen komplexen, zielgerichteten und effektiven Angriff auf IT-Strukturen durch einen gut ausgebildeten und ressourcenstarken Angreifenden.

Das BfV wirkt auch in der ressortübergreifenden „Arbeitsgruppe zur Strategischen Koordination des Umgangs mit Hybriden Bedrohungen“ (AG Hybrid) der Bundesregierung mit. Hybride Bedrohungen bezeichnen verschiedene Formen illegitimer Einflussnahme auf Staaten durch fremde Staaten. Dabei versuchen diese fremden Staaten – auch mittels nicht staatlicher Akteure – ihre Ziele durch den koordinierten Einsatz verschiedener Instrumente durchzusetzen. Sie beabsichtigen hierbei, auf politische Entscheidungsprozesse einzuwirken, das Vertrauen in demokratische Prozesse und rechtsstaatliche Institutionen zu schwächen, die Verteidigungsfähigkeit durch Spionage und Sabotage zu verringern sowie die staatliche Ordnung zu destabilisieren. Neben ihren Nachrichtendiensten nutzen sie auch andere staatliche oder staatlich beeinflusste Organisationen. Zu den eingesetzten Instrumenten gehören Desinformation, Cyberangriffe, Spionage, wirtschaftliche Einflussnahme – zum Beispiel durch gezielte Investition in Schlüsselindustrien – und Sabotageaktionen. Illegitime Einflussnahmeaktivitäten erfolgen oft auch unter gezielter Verschleierung der Herkunft beziehungsweise Urhebererschaft oder der Absichten. Zum Schutz der vorgezogenen Bundestagswahl hat die AG Hybrid ihre Zusammenarbeit 2024/2025 intensiviert.

Nationale Zusammenarbeit in der AG Hybrid

Die internationale Zusammenarbeit wird vom bi- und multilateralen Informationsaustausch und fallbezogener enger Kooperation mit Nachrichtendiensten anderer Staaten geprägt.

Internationale Zusammenarbeit

II. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation

Die Russische Föderation sieht sich in einem systemischen Konflikt mit den europäischen Demokratien und strebt eine grundlegende Änderung der Friedensordnung in Europa an. Dabei wirkt Russland unter Zuhilfenahme seiner Nachrichtendienste mit unterschiedlichen Maßnahmen und Vorgehensweisen auch auf Deutschland mit seinen demokratischen Institutionen und Verfahren ein, um seinen geopolitischen Zielen näher zu kommen.

Seit Beginn des Jahres 2024 verfügt Russland nur noch über zwei Auslandsvertretungen in Deutschland – die Botschaft in Berlin

Diplomatische Vertretungen

und das Generalkonsulat in Bonn (Nordrhein-Westfalen).¹⁸⁰ Auch wenn die nachrichtendienstliche Arbeit der russischen Dienste dadurch erheblich eingeschränkt wurde, bleiben die russischen Legalresidenturen¹⁸¹ im Fokus der Spionageabwehr des BfV.

Die ergriffenen europaweiten Maßnahmen gegen die Legalresidenturen führen zu Anpassungen in der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung. Dabei können sowohl bisherige Vorgehensweisen der Dienste weiter angewendet oder ausgebaut als auch neue Methoden etabliert werden.

1. Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste in Deutschland bewegten sich schon vor Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 seit vielen Jahren auf hohem Niveau. Die umfassenden Spionageaktivitäten erstrecken sich mit unterschiedlicher Intensität auf die Zielbereiche Politik und Verwaltung, Wirtschaft einschließlich Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)¹⁸², Wissenschaft und Technologien sowie Militär.

Russisches Aufklärungsinteresse

Im Blickpunkt der russischen Nachrichtendienste stehen die Politikfelder, die mögliche Bezüge zu Russland haben. Im Zuge der westlichen Sanktionen wegen des Angriffskriegs Russlands stehen die gemeinsame Außenpolitik der EU sowie die Bündnispolitik der NATO, aber auch die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik stark im Fokus. Von besonderem Interesse sind die (sicherheits-)politischen Ziele Deutschlands sowie von EU und NATO im Hinblick auf den weiteren Kriegsverlauf, ein mögliches Kriegsende und die diesbezügliche Haltung gegenüber der Ukraine und Russland.

¹⁸⁰ Infolge des russischen Angriffskriegs hatte Deutschland – wie andere Staaten – zahlreiche Nachrichtendienstangehörige ausgewiesen, die als russische Diplomaten abgetarnt waren. Des Weiteren wurden die Generalkonsulate Frankfurt am Main (Hessen), Hamburg, Leipzig (Sachsen) und München (Bayern) geschlossen.

¹⁸¹ Legalresidenturen sind getarnte Stützpunkte eines ausländischen Nachrichtendienstes, die sich in einer offiziellen oder halboffiziellen Vertretung (z.B. Botschaft, Handelsvertretung, staatliche Fluggesellschaft) befinden.

¹⁸² Der Begriff Kritische Infrastrukturen (KRITIS) umfasst Anlagen, Systeme und Organisationen (von Bund, Ländern und Kommunen sowie in der Wirtschaft), die eine wichtige Bedeutung für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionen haben. Deren Ausfall hätte erhebliche Auswirkungen auf das Gemeinwesen, z.B. in Form von Versorgungsengpässen oder der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Zudem gilt dies für militärische Einrichtungen in Deutschland und die Fähigkeiten von Bundeswehr und Verbündeten sowie Unterstützungsleistungen für die Ukraine.

Mit Blick auf die deutsche Innenpolitik sowie die europäische Energiepolitik versuchen die russischen Dienste, Informationen zu parteipolitischen Strukturen, Entwicklungsprozessen und zu inhaltlichen Positionen einzelner Parteien zu erlangen, um auf den politischen Willensbildungsprozess vor der Bundestagswahl einwirken und die Folgen des Wahlergebnisses einschätzen zu können.

Am 27. Mai 2024 verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) einen vormaligen Mitarbeiter des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in Tateinheit mit Verletzung des Dienstgeheimnisses zu drei Jahren und sechs Monaten Haft. Das OLG sah es als erwiesen an, dass der Hauptmann in seiner Funktion als Berufssoldat im BAAINBw am 4. Mai 2023 dem russischen Generalkonsulat in Bonn (Nordrhein-Westfalen) mehrere als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestufte Unterlagen zur Weiterleitung an russische Nachrichtendienste übermittelt hatte. Gleichzeitig hatte er eine weitere Zusammenarbeit sowie die Lieferung zusätzlicher Dokumente der Bundeswehr angeboten.

Verurteilung eines Bundeswehr-angehörigen wegen Spionage



2. Methodik der Informationsgewinnung

Die Spionageaktivitäten russischer Nachrichtendienste gingen bis 2022 häufig von deren Legalresidenturen aus. Diese waren in der Vergangenheit über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Die russischen Nachrichtendienstangehörigen versuchten unter Ausnutzung ihrer diplomatischen Abdeckung mit konspirativen Methoden, aber auch mittels harmlos wirkender Kontaktpflege, sogenannter Gesprächsabschöpfung, Hintergrundwissen zu deutschen Positionen zu gewinnen. Nach der Schließung von vier Auslandsvertretungen spielen soziale Netzwerke oder reisende Agenten bei der Anbahnung von Kontakten oder einer offenen Abschöpfung eine wichtige Rolle.

Alternativen zu Legalresidenturen

Zentrale Steuerung Außerdem führt Russland weiterhin Operationen durch, die aus den Zentralen der Nachrichtendienste in Moskau erfolgen oder unmittelbar von dort gesteuert werden. Hierzu zählt auch der Einsatz sogenannter Illegaler. Diese sind Mitarbeiter des russischen Nachrichtendienstes, die mit einer Legende zu ihrer Biografie in das Operationsgebiet eingeschleust werden.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, verstärkt seit dem Jahreswechsel 2023/2024, ist in Europa zunehmend der Einsatz von auf nachrichtendienstlich niedrigem Level angebahnten Low-Level-Agenten zu verzeichnen. Dabei handelt es sich um Personen, die von russischen Nachrichtendiensten zur kurzfristigen Erfüllung von Aufträgen meist über soziale Medien und Messengerdienste angeworben und geführt werden, ohne den Nachrichtendiensten selbst anzugehören.

Gefährdungen in Russland In Russland selbst nehmen die Nachrichtendienste gezielt deutsche Staatsangehörige ins Visier, die dorthin reisen. Hierzu werden vielfältige Überwachungsmöglichkeiten von Grenzkontrollen über die Beobachtung von Auslandsvertretungen bis hin zu den Kontrollmöglichkeiten in Wirtschaft und Wissenschaft genutzt. Sofern die gewonnenen Informationen die Zielpersonen kompromittieren können, scheuen die russischen Dienste auch nicht vor aggressiven Anwerbungsversuchen zurück.

3. Sabotage



Das Hinweisaufkommen in Bezug auf mögliche Sabotagevorfälle ist 2024 erheblich angestiegen. So sind in Europa vermehrt Vorfälle insbesondere im Kontext versuchter oder erfolgter Brandstiftung sowie in Bezug auf Vandalismus, Ausspähungs- und Propagandaaktivitäten aufgetreten, die auf russische Nachrichtendienste zurückzuführen sind oder sein könnten. Umgesetzt werden die Aktivitäten insbesondere von sogenannten Low-Level-Agenten. Das Ausmaß der Gefährdung durch russische Sabotageakte in Europa und Deutschland ist dabei abhängig von den politischen und operativen Entscheidungen Moskaus. Diese richten sich nach den zur Verfügung stehenden Ressourcen, der Zielsetzung des Kreml gegenüber Europa und seiner Auffassung, ob für die Erreichung der Ziele Sabotagemaßnahmen ein effektives Instrument darstellen. Die russische Führung verfolgt eine gezielte Schwächung Europas

durch politische Maßnahmen zur Entkopplung der amerikanischen und europäischen Sicherheit sowie zur Störung der militärischen und sonstigen Unterstützung für die Ukraine. Sabotageakte dienen dabei der Umsetzung dieser Politik gegen Europa.

Die erhöhte Gefahr von Sabotageaktivitäten beziehungsweise Vorbereitungshandlungen in Deutschland hält an. So hat der Generalbundesanwalt (GBA) am 9. Dezember 2024 Anklage gegen drei deutsch-russische Staatsangehörige erhoben, denen unter anderem geheimdienstliche Agententätigkeit vorgeworfen wird. Einer der Angeschuldigten hatte sich seit Oktober 2023 mit einer Person, die laut GBA einem russischen Geheimdienst angehört, über mögliche Sabotageaktionen in der Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht. Bereits am 18. Oktober 2024 hatte der GBA gegen diesen Angeschuldigten wegen Betätigung in einer terroristischen Vereinigung im Ausland¹⁸³ und Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat Anklage erhoben. Der Angeschuldigte war am 17. April 2024 festgenommen worden. Die beiden anderen Angeschuldigten halfen spätestens ab März 2024.

Vorbereitungs- handlungen für Sabotageaktionen in Deutschland

Von mehreren Paketsendungen, die 2024 in Europa auf dem Versandweg in Brand gerieten, ging am 20. Juli 2024 ein Paket auf dem Luftfrachtzentrumgelände des Flughafens Leipzig in Flammen auf. Der GBA hat zu diesem Vorfall im KRITIS-Sektor „Transport und Verkehr“ die Ermittlungen wegen eines in Betracht zu ziehenden Sabotagehintergrunds übernommen.

4. Einflussnahme und Desinformation

Russland investiert erheblich in seine Ressourcen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und des politischen Diskurses in Deutschland, um auf diese einzuwirken und so die eigene Position zu stärken. Diese Aktivitäten sind darauf gerichtet, im Verborgenen oder unter Vortäuschung falscher Tatsachen Einfluss auf den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess sowie politische Entscheidungs- und Funktionsträgerinnen und -träger auszuüben. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Stabilität und Handlungsfähigkeit der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Ziele

¹⁸³ Zwischen Dezember 2014 und August 2016 war der Angeschuldigte in der Ostukraine als Kämpfer einer bewaffneten Einheit der separatistischen „Volksrepublik Donezk“ (VRD) tätig.

soll untergraben, die westliche Wertegemeinschaft diskreditiert, Spaltungstendenzen in der Gesellschaft sollen erzeugt oder verstärkt sowie EU und NATO geschwächt werden. Dafür greift Russland bedeutende aktuelle politische sowie gesellschaftliche Ereignisse und Entwicklungen auf und passt seine Einflussnahmestrategie flexibel an.

Strategiewechsel und Zunahme der Desinformation



Die schon zuvor umfassende Verbreitung staatlicher Propaganda und Desinformation hatte mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs an Intensität gewonnen. Vor allem Kanäle in sozialen Medien werden von staatlichen oder staatsnahen Akteuren genutzt, um dort ihre Inhalte und Narrative möglichst weit zu verbreiten. Hier ist insbesondere die Plattform Telegram als Alternative zu anderen sozialen Netzwerken zu nennen. Neben staatlichen Akteuren spielen nicht staatliche Akteure aus der Influencerszene und dem Hactivismus seit einigen Jahren eine gesteigerte Rolle bei der Multiplikation von Propaganda und Desinformation für Russland. Bei dem Begriff Hactivismus handelt es sich um eine Kombination aus „Hacking“ und „Aktivismus“: Er bezeichnet den Einsatz von Mitteln und Methoden der Cyberkriminalität, aber nicht zum kriminellen Gelderwerb, sondern häufig für vermeintlich moralisch, religiös, aber auch politisch oder ideologisch motivierte Aktivitäten im Cyberraum, bei denen Computer und Netzwerke Tatmittel und Angriffsziele zugleich sind. Attacken von Haktivisten können auch für Desinformation und Propaganda oder zur illegalen Ausforschung von Staatsgeheimnissen dienen.

Voice of Europe

Russland setzt auch auf umfangreich konzipierte Einflussbemühungen im politischen Raum. Beispielhaft dafür steht das prorussische Nachrichtenportal Voice of Europe. Das Portal präsentierte sich als „echtes“ internationales Nachrichtenportal und verbreitete unter anderem Narrative, die im Einklang mit der Außenpolitik Russlands standen. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 konnte diese Einflussoperation, die auch auf Mitglieder und Kandidierende für das Europaparlament zielte, von mehreren europäischen Nachrichtendiensten, darunter dem BfV, aufgedeckt und unterbunden werden. In der Konsequenz verhängte die EU am 27. Mai 2024 Sanktionen gegen das Unternehmen sowie mit ihm verbundene Einzelpersonen.

„Doppelgänger- Kampagne“

Bei der sogenannten Doppelgänger-Kampagne handelt es sich ebenfalls um eine konzeptionell und technisch komplexe

Einflussoperation, die auf Dauer angelegt ist. Ein Netzwerk russischen Ursprungs verbreitet seit mindestens Anfang 2022 Propaganda und Desinformation durch die Nachahmung von Internetauftritten etablierter Medien sowie die Erstellung scheinbar eigenständiger Onlinemedien. Sanktionen der EU gegen zwei der im Hintergrund tätigen Firmen im Jahr 2023 konnten die Aktivitäten jedoch nicht stoppen. Auf diesem Weg werden die Authentizität von Informationen vorgetäuscht und entsprechende Narrative im Informationsraum platziert. Für eine höhere Reichweite werden die Informationen zudem mittels Bots in sozialen Medien wie beispielsweise dem Kurznachrichtendienst X automatisiert verbreitet. Auch im Umfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 verbreitete „Doppelgänger“ gezielt in den deutschen Informationsraum Desinformation zu emotional aufgeladenen und kontroversen Themen.

5. Cyberangriffe

Russlands geopolitische Interessen sind handlungsleitend für die vielfältigen Aktivitäten seiner Nachrichtendienste auch im Cyberraum. Russische Cyberangriffe zielen vorrangig auf eine kontinuierliche Informationsbeschaffung ab. Neben dieser Spionage können die Angriffe aber auch Sabotage, Einflussnahme, Desinformation oder Propaganda zum Ziel haben.

Dabei richten sich russische Cyberangriffe überwiegend gegen Regierungsstellen, Parlamente und Personen in der Politik, Parteien, gegen Streitkräfte, Medien, supranationale Organisationen, politische Stiftungen und internationale Wirtschaftsunternehmen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen.

Organisationen im Bereich von Wissenschaft, Menschen- und Bürgerrechtsgruppierungen sowie der kulturellen Zusammenarbeit mit Russlandbezug stehen verstärkt im Fokus staatlich-russischer Cyberangriffe. Durch die technische Ausnutzung von Schwachstellen in Softwareprodukten gelingt es den Angreifern, Zugriff auf interne E-Mail-Systeme zu erlangen. Am 10. Oktober 2024 gab die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) bekannt, dass sie Opfer eines mutmaßlich staatlich gesteuerten, russischen Cyberangriffs war. Die wissenschaftlich tätige Gesellschaft wertet diesen sowie ihre Einstufung als „extremistische Organisation“

Zwecke und Ziele von Cyberangriffen



Vorgehen Russlands gegen „unerwünschte“ und „extremistische“ Organisationen

durch den russischen Staat im Juni 2024 als Teil der hybriden Kriegsführung Russlands gegen Deutschland. Im Juli 2024 hatte das russische Justizministerium eine Liste mit 55 Organisationen veröffentlicht – darunter die DGO – die alle Teil einer „Antirussischen separatistischen Bewegung“ seien, die die Einheit Russlands zu zerstören suche. Solche Feindbild-Erklärungen dienen der russischen Staatsführung als Basis weiterer repressiver Maßnahmen im In- und Ausland.

Angriffs- gruppierungen

Bei ihren Operationen im Cyberraum greifen russische Nachrichtendienste auf verschiedene Angriffsgruppierungen zurück, von denen sich einige durch eine hohe technische Qualifikation auszeichnen. Dies spiegelt sich in ihrem breiten Portfolio unterschiedlicher, teils schwer aufzuklärender Angriffsmethoden wider. Das BfV geht von einer hohen Dunkelziffer nicht erkannter, qualitativ hochwertiger Cyberangriffe aus.

APT 28 APT 28 (auch als Sofacy, Fancy Bear, Pawn Storm oder Sednit bekannt) ist eine russische Angriffsgruppierung, die seit mindestens 2004 weltweit aktiv ist. APT 28 ist dem militärischen Nachrichtendienst GRU zuzuordnen und gehört zu den aktivsten Cyberakteuren.

Im Jahr 2024 setzte APT 28 eine bereits im März 2023 begonnene Phishing-Kampagne fort. Die Angriffe richteten sich anfänglich hauptsächlich gegen ukrainische Stellen. Kennzeichnend für die Kampagne ist die Verwendung eigentlich legitimer kostenfreier Webseiten, die APT 28 zur Ausbringung von Schadsoftware missbraucht hatte. Ab September 2023 kam es zu großflächigen Angriffen gegen westliche Stellen, auch gegen deutsche Regierungsstellen und Behörden. Die Phishing-Angriffe waren grundsätzlich von niedriger Qualität. Aufgrund der sehr hohen Anzahl der angegriffenen Institutionen muss dennoch von vereinzelt erfolgreichen Kompromittierungen ausgegangen werden.

APT 28 missbrauchte 2024 zur Verschleierung der eigenen Infrastruktur bei weltweiten Cyberspionageaktivitäten SOHO¹⁸⁴-Geräte, unter anderem der Marke Ubiquiti. Die Geräte werden im Regelfall nicht mehr mit Sicherheitsupdates versorgt, wodurch

¹⁸⁴ Bei Small-Office-Home-Office (SOHO-)Geräten handelt es sich um Hardware, die insbesondere bei Privatpersonen oder kleinen Firmen eingesetzt wird, wie beispielsweise PCs, Laptops und Router.

Kompromittierungen begünstigt werden. Um einen eigenen Zugriff zu erlangen, nutzte APT 28 bereits bestehende Infektionen der Geräte mit einer aus dem cyberkriminellen Kontext bekannten Moobot-Schadsoftware aus. Einige der Netzwerkgeräte verwendete APT 28 auch für Angriffe gegen deutsche Einrichtungen, wie bei dem Cyberangriff auf die SPD im Jahr 2023, den die Bundesregierung am 3. Mai 2024 öffentlich APT 28 und damit Russland zugeordnet hat.

Im Januar 2024 zerschlugen Polizei und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern das Botnetz Moobot in Deutschland, um APT 28 an der weiteren Mitnutzung der Geräte zu hindern. Die Maßnahmen wurden im Rahmen der internationalen Operation DYING EMBER unter Federführung des FBI durchgeführt. Ein Großteil der kompromittierten Geräte in Deutschland konnte dabei bereinigt oder sichergestellt werden. Nicht bereinigte ausländische Geräte wurden jedoch auch nach diesem Zugriff durch APT 28 für weitere Angriffe eingesetzt.

Zudem führte APT 28 im Jahr 2024 Brute-Force-Angriffe¹⁸⁵ auf den Transport- und Logistiksektor sowie politiknahe Einrichtungen durch. Aufgrund unzureichend umgesetzter Schutzmaßnahmen kam es dabei in mehreren Fällen zu einer Kompromittierung angegriffener Institutionen. Sehr wahrscheinlich konnte APT 28 dabei auch sensible Daten aus den IT-Netzwerken der Opfer ausleiten.

APT 29 (auch als Cozy Bear oder The Dukes bekannt) ist eine seit mindestens 2008 aktive Gruppierung, die bereits wiederholt Ziele in Deutschland angegriffen hat. Sie ist für hohe technische Kompetenz und hohe operative Eigensicherheit bekannt. Nach Einschätzung des BfV ist APT 29 wahrscheinlich dem SWR zuzuordnen. APT 29 beschafft auch Informationen mit Bezug zum russischen Angriffskrieg. Bereits vor 2022 wurden vor allem westliche Außenministerien mit Phishing-E-Mails im Rahmen der als „Diplomatic Orbiter“ bezeichneten Kampagne von APT 29 angegriffen. Diese Angriffe hielten 2024 an.

APT 29

Anfang 2024 berichtete Microsoft über einen im Jahr 2023 erfolgten erfolgreichen Cyberangriff auf interne Systeme des

¹⁸⁵ Bei Brute-Force-Angriffen werden durch die Angreifer automatisiert unzählige Passwortkombinationen ausprobiert, um sich so Zugang zu Mailpostfächern oder anderen Nutzerkonten ausgewählter Ziele zu verschaffen.

US-amerikanischen Konzerns, infolgedessen es zu weitergehenden Angriffsversuchen und dem Zugriff auf Quellcodes von Microsoft-Produkten kam. Aber auch andere IT-Softwarehersteller berichteten 2024 über die Ausnutzung von Schwachstellen in ihren Produkten, so beispielsweise die Anbieter von Fernzugriffslösungen Ivanti im März oder TeamViewer im Juni. 2024 richtete sich zudem ein Angriff von APT 29 erstmals allein gegen eine deutsche politische Partei.

Turla Turla (auch als Snake, Venomous Bear oder Secret Blizzard bekannt) ist eine seit mindestens 2005 auf hohem technischen Niveau agierende APT-Gruppierung, die sich durch eine klandestine und sehr beharrliche Vorgehensweise auszeichnet. Sie nutzt für ihre Angriffe gekaperte Server zu Kommunikationszwecken, setzt eigenentwickelte beziehungsweise laufend angepasste Schadsoftware ein und betreibt umfangreiche Verschleierungstaktiken. Im Fokus der ihr zugeschriebenen Angriffe stehen insbesondere Regierungseinrichtungen (wie beispielsweise Außenministerien oder diplomatische Vertretungen) sowie supranationale Institutionen, aber auch Stellen in Wirtschaft und Forschung. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gehören auch Unternehmen aus dem Sicherheits- und Verteidigungssektor in Europa zum Zielspektrum von Turla.

Hacktivisten und Cybersabotage Immer wieder kommt es zu hacktivistisch motivierten Cyberattacken, von denen auch deutsche Ziele betroffen sind. Die Haktivisten haben dabei eine breite Zielfläche, welche von staatlichen Stellen über Telekommunikation, Banken, Logistik, Energieversorgung, Kliniken bis hin zu Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie reicht. Während dieser Hacktivismus anfänglich durch relativ simple DDoS-Techniken geprägt war, sind die Methoden inzwischen technisch anspruchsvoller und schließen auch Defacement-Angriffe¹⁸⁶ sowie Hack and Leak-Operationen¹⁸⁷ ein. Insbesondere prorussische Haktivisten, die auch Angriffe auf verwundbare industrielle Kontrollsysteme (ICS-Systeme) und operative Technologien (OT-Systeme) Kritischer Infrastrukturen

¹⁸⁶ Defacement-Angriffe sind Attacken auf eine Website, die deren Erscheinungsbild verändern. Dabei wird die originär gehostete Website durch eine eigene, „nachgebaute“ Website ersetzt.

¹⁸⁷ Bei Hack and Leak-Operationen versuchen Cyberakteure mittels Cyberangriffen in Computersysteme vorzudringen („Hack“), um z.B. diskreditierendes oder belastendes Material über das Opfer zu erlangen. Dieses wird anschließend im Original oder in verfälschender Form bspw. in Onlineforen über Social-Media-Kanäle veröffentlicht („Leak“).